

P R O T O K O L L

über die 38. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 1. Februar 1990, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:
Hermann Leithenmayr
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsl
Erich Sablik
Ing. Othamr Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Leopold Tatzreiter

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Gerhard Bremm
Franz Enöckl
Norbert Georgi
Walter Hahn
Karl Hochrathner
Oskar Holub
Engeblert Huber
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Rudolf Pickl

Edith Radmoser
Franz Rohrauer
Hermann Rupprechter
Ing. Dietmar Spanring
Wilhelm Spöck
Franz Strasser
Walter Strobl
Hubert Sturmberger
Otto Tremel
Anton Vorhauer
Alfred Wallner
Christine Wieser
Wolfgang Wieser

VOM AMT:
Magistratsdirektor OSR. Dr. Franz Knapp
Magistratsdirektor-Stellvertreter
OSR. Mag. Johann Rabl
MR. Dr. Kurt Schmidl
Direktor TOAR Ing. Wolfgang Wein
Direktor OAR Helmut Riedler
AR. Heinz Ruckerbauer
VOK. Augustin Zinedner
OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer
Gerda Gugenberger

Tagesordnung

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Angelobung von 7 neuen Gemeinderatsmitglieder

Neuwahl eines Geschäftsführenden Vizebürgermeisters

Neuwahl eines Mitgliedes des Stadtsenates

Festlegung der Reihenfolge, in der die Vizebürgermeister den Bürgermeister zu vertreten haben

Zusammensetzung der Personalkommission

Verlesung der Anzeige über die Fraktionsobmänner

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Ge-7360/89	Firma Musica Steyr; Ansuchen um Gewerbeförderung
öAG-4/1989	Problemmüllsammlung für das Jahr 1989.
Müllabfuhr	
Forst-7506/88	Baumpflanzaktion.
GHJ2-3225/89	Renovierung des Sporthallenbuffets - Kaserngasse 1 - Erneuern des Schankpultes - Mehrkosten.
GHJ1-7817/89	Ankauf einer Teppichreinigungsmaschine für das Amtsgebäude Promenade 9.
Bau2-5800/81	Rückkauf des Grundstückes 623/17, KG. Gleink, von Robert Haberfellner, 4400 Steyr, Resthofstraße 35.
Bau5-730/89	Rathaus - Drahtlos-Personenrufanlage.
FW-7675/89	Ankauf von Reifen für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.
Ha-5142/89	ASKÖ Steyrer Windsurfsclub; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Ges-266/90	Rumänienhilfe; Unterstützung durch die Stadt Steyr.
Bau5-7247/80	BBAK Steyr - Fassadenimprägnierung.
FW-7867/89	Ankauf eines Kühlers für das FW-Fahrzeug O-135.452 der Freiwilligen Feuerwehr Steyr.
Bau5-1982/89	Einbau einer Schließanlage im Rathaus, Stadtplatz 27.
GHJ2-5725/84 ff	Ausschreibung bzw. Ausbuchung uneinbringlicher Forderungen.

Bau5-5453/88	Zentralaltersheim; Heizungs- und Gebäudesanierung; Mittelfreigabe.
VerkR-4056/89	Mittelfreigabe zur Durchführung diverser Verkehrserhebungen im Zuge der Erstellung des Generalverkehrsplanes der Stadt Steyr.
ÖAG-130/90	Ankauf von 3 zur Erweiterung der Sprechfunkanlage.
FW-70/89	Taggelder für Lehrgangsteilnehmer der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- | | |
|-----------------------------|---|
| 1) Präs-500 | Steyr-Daimler-Puch AG; Krisensituation; Resolution. (abgesetzt) |
| 2) Präs-63/90 | Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse. |
| 3) Ha-7442/87 | Errichtung eines Notarztwagens in Steyr; Abschluß eines Vertrages mit dem Landesverband Oberösterreich des Roten Kreuzes. |
| 4) Ha-7649/89 | Ankauf eines Gewerbe- und Industriegeländes in Hinterberg von der Steyr-Daimler-Puch AG - Vertragsstornierung; Abschluß eines Kooperationsvertrages mit der Z-Leasing GEMINI Immobilien Leasing Gesellschaft mbH. |
| 5) Ha-6256/88 | ATSV Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention. |
| 6) Präs-707/89 | Bezugsregulierung und Erhöhung der Pensionsbeiträge ab 1. 1. 1990. |
| 7) Ha-4371/89 | Gemeinnützige Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft "Styria" Finanzierungszuschuß - Bauvorhaben. |
| 8) Ha-7871/89 | Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre für das Jahr 1990. |
| 9) Wa-1056/65
Wa-5450/75 | Akontozahlung an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für den Mitgliedsbeitrag 1990. |
| 10) ÖAG-7058/85 | Verkauf des Grundstückes 1576/9, Kat. Gem. Föhrenschacherl, an die Ehegatten Karin und Eduard Riegler sowie an die Ehegatten Gottfried und Anna Huemer je zur Hälfte. |
| 11) FW-404/90 | Antrag auf Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr" an Angehörige der Betriebsfeuerwehren der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. |
| 12) ÖAG-464/90 | Verkauf der Grundstücke 1760/3 und 1760/7, KG. Steyr, an die Fa. Steyr-Nutzfahrzeuge AG, 4060 Leonding, Haidfeldstraße 37. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

- | | |
|---------------|---|
| 13) K-3300/89 | Steyrdorf und Innerer Wehrgraben; - Maßnahmen zur Ortsbildpflege - Fassadenerneuerungsaktion 1989. |
| 14) K-3300/89 | Steyrdorf und Innerer Wehrgraben; Fassadenerneuerungsaktion 1989; 2. Abschnitt; Einbeziehung von weiteren Objekten. |
| 15) K-24/89 | Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1989 - Innere Stadt - Ennsdorf; Fassadenerneuerungen. |

- 16) K-24/89 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1989; Erhaltung der alten Dach-
landschaften und Sicherung wertvoller Bausubstanz in Steyr.
- 17) Ha-3202/86 Instandhaltung der kirchlichen Ensembles in Steyr - Stadtpfarr-
kirche Außenrestaurierung.
- 18) Ha-313/89 Kirchliche Ensembles in Steyr; Expositur St. Anna - Kirche
und Pfarrhaus; Außenrestaurierung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

- 19) GES-820/79 Verordnung betreffend den Schutz der Bevölkerung vor störendem
Lärm - Novellierung.
- 20) Bau6-1782/76 Mülldeponie der Stadt Steyr;
a) Errichtung von je zwei Grundwasserbeobachtungs- und
Sickerwasserbrunnen samt erforderlichen Leitungen.
b) Elektronische Ausrüstung; Auftragserteilung und Mittelfreigabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 21) Bau3-1163/88 Pflasterung Stadtplatz, Enge Gasse, Eisengasse und Zugang Rats-
herrnkeller; Mittelfreigabe
- 22) ÖAG-516/90 Städtischer Wirtschaftshof; Antrag auf Kreditübertragung im
Zusammenhang mit der Durchführung von Mehrleistungen für die
Instandhaltung von Straßenbauten und der Minderaufwendungen
für die Straßenreinigung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 23) Bau6-6481/87 Kanalisation Schlüsselhofsiedlung - Ansuchen um zusätzliche Mittel-
freigabe für den NK S - Gürtlerstraße im Zuge der Errichtung der
Kanalisation Schlüsselhofsiedlung.
- 24) Ges-15/89 Franz Enge; Straßenbenennung im Bereich der ATV-Gründe.
- 25) Ges-15/89 Dora Dunkl; Straßenbenennung im Bereich des Bebauungsplanes
Schladergründe.
- 26) Bau2-4180/88 Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 24 - Hausleiten.
- 27) Bau2-819/89 Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 67 - Stelzhamerstraße.
- 28) Bau2-820/89 Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 68 - Reithoffer.
- 29) Bau2-2866/88 Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 69 - Gebeshuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 30) ÖAG-6792/89 Stadtwerke Steyr - Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn;
Verlustersätze 1989 - Akontozahlung.
- 31) ÖAG-57/90 Städtische Verkehrsbetriebe, städtisches Gaswerk; Kapitaleinlage
für 1990.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf die heutige Sitzung des Gemeinderates eröffnen und darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich die Gemeinderäte Brandstötter, Eichhübl und Zagler.

Für die heutige Sitzung ersuche ich die Herren Gemeinderäte Rohrauer und Alfred Wallner um Übernahme der Protokollprüfung. Beide Herren haben zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum zweiten Punkt, zur Angelobung von 7 neuen Gemeinderatsmitgliedern. Hiezu möchte ich folgendes anführen:

Seitens der sozialistischen Gemeinderatsfraktion haben in den Monaten Dezember 1989 und Jänner 1990 insgesamt 7 Gemeinderatsmitglieder schriftlich erklärt, ihr Mandat zurückzulegen. Im Einzelnen handelt es sich hiebei um

den Geschäftsführenden Vizebürgermeister Leopold Wippersberger; Herrn Stadtrat Johann Zöchling; die Gemeinderäte Mag. Gerhard Klausberger, Franz Steinparzer, Erna Probst, Gertrude Schreiberhuber und Ing. Günter Mayrhofer.

Aufgrund der am 27. September 1985 gemäß § 43 der Statutargemeinden-Wahlordnung 1961 in der geltenden Fassung kundgemachten Gemeindevahl für die Wahl des Gemeinderates am 6. Oktober 1985 sind daher nunmehr im Zusammenhang mit den vorliegenden Verzichtserklärungen des Herrn Willi Schreiberhuber, des Herrn Heinrich Kern, der Frau Inge Steiner, des Herrn Landesrat Ing. Hermann Reichl, des Herrn Franz Daucher, des Herrn Walter Heumann, der Frau Hildegard Mitterramskogler, des Herrn Erich Bodingbauer und des Herrn Karl Zack nachstehende Personen als neue Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr anzugeloben:

1. Hermann Leithenmayr, wohnhaft Wehrgrabengasse 24, 4400 Steyr
2. Gerhard Bremm, wohnhaft Derflingerstraße 11, 4400 Steyr
3. Norbert Georgi, wohnhaft Roseggerstraße 13, 4400 Steyr
4. Engelbert Huber, wohnhaft Fischhubweg 3 a, 4400 Steyr
5. Edith Radmoser, wohnhaft Schnallentorweg 1, 4400 Steyr
6. Hermann Rupprechter, wohnhaft Arbeiterstraße 4, 4400 Steyr
7. Walter Strobl, wohnhaft Wehrgrabengasse 37, 4400 Steyr

Bevor ich zur Angelobung dieser neuen Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr schreite, möchte ich jedoch nicht verabsäumen, den ausscheidenden Mitgliedern für ihre verdienstvolle Mitwirkung im Gemeinderat aufrichtig zu danken. Meinen besonderen Dank und das sei mir gestattet, möchte ich Kollegen Vizebürgermeister Wippersberger und Herrn Stadtrat Zöchling zum Ausdruck bringen. Beide Funktionäre sind seit dem Jahre 1955 Mitglieder des Gemeinderates unserer Stadt. Das sind jetzt bereits 35 Jahre, in denen sie für die Bürger unserer Stadt tätig waren und wir werden noch Gelegenheit haben, diesen beiden Funktionären in gebührender Form den Dank auszusprechen.

Gemäß § 9 des Statutes für die Stadt Steyr haben später eintretende Gemeinderatsmitglieder (Ersatzmitglieder) das Gelöbnis in der ersten Gemeinderatsitzung, an der sie teilnehmen, zu leisten. Das Gelöbnis ist vor dem Gemeinderat mit den Worten "ich gelobe" abzulegen:

"Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

Meine Damen und Herren, entgegen der bisherigen Praxis darf ich Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben und darf bitten, daß die anzugelobenden Mitglieder des Gemeinderates zu mir herauskommen und mit Handschlag und den Worten "ich gelobe" dieses Gelöbnis ablegen.

Die neuen Gemeinderäte legen in der Reihenfolge des Alphabetes das Gelöbniß ab.

Ich darf Sie wieder bitten, Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, es haben nunmehr alle 7 neuen Mitglieder des Gemeinderates ihr Gelöbniß abgelegt und sind somit ordentliche Mitglieder unseres Gremiums.

Durch das Ausscheiden des hauptberuflichen geschäftsführenden Vizebürgermeisters Leopold Wippersberger und des Stadtsenatsmitgliedes Stadtrates Johann Zöchling ist es nunmehr nach dem Statut für die Stadt Steyr erforderlich, diese beiden Funktionen durch eine Neuwahl entsprechend nachzubeseetzen.

Vor Durchführung der Wahlhandlung obliegt mir die Aufgabe, 5 Stimmprüfer für die Durchführung der Wahl zu bestellen. Es kommt dabei jeder im Gemeinderat vertretenen Fraktion ein Stimmprüfer zu. Bisher wurden dazu immer die jüngsten Mitglieder jeder Fraktion bestellt. Diese Vorgangsweise soll auch bei der heutigen Wahlhandlung eingehalten werden. Es darf daher vorgeschlagen werden, als Stimmprüfer zu bestellen:

Von der SPÖ-Fraktion: Herrn Gemeinderat Walter Hahn; von der ÖVP-Fraktion: Frau Christine Wieser; von der GAL-Fraktion: Herrn Gemeinderat Oskar Holub; von der KPÖ-Fraktion: Herrn Gemeinderat Otto Treml.

Seitens der FPÖ-Fraktion hat sich für heute Herr Gemeinderat Roman Eichhübl entschuldigt, diese Position ist daher nicht zu besetzen.

Wir kommen nun zur Wahl eines Vizebürgermeisters und ich darf hier mitteilen, daß von der Fraktion der sozialistischen Partei mir für die Wahl des hauptberuflich geschäftsführenden Vizebürgermeisters Herr Gemeinderat Hermann Leithenmayr statutengemäß vorgeschlagen wurde. Wahlberechtigt hiefür sind jedoch entsprechend den Bestimmungen des Statutes für die Stadt Steyr nur die Mitglieder der sozialistischen Gemeinderatsfraktion. Die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen ist erforderlich. Ich bitte nunmehr, die Wahlhandlung durchzuführen und die Stimmprüfer, das Wahlergebnis zu ermitteln.

Wahlvorgang

Die Wahl zum hauptberuflich geschäftsführenden Vizebürgermeister hat folgendes Ergebnis erbracht:

Anzahl der abgegebenen Stimmen: 22. - Für Vizebürgermeister Hermann Leithenmayr: 21. Stimmenthaltungen: 1.

Applaus

Meine Damen und Herren, der hauptberuflich geschäftsführende Vizebürgermeister Hermann Leithenmayr ist somit gewählt. Ich frage Dich daher Herr Vizebürgermeister Leithenmayr, ob Du die Wahl annimmst?

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke.

Ich darf Sie wieder bitten, sich vom Platz zu erheben und ich ersuche Herrn Vizebürgermeister Leithenmayr um Ablegung des Gelöbnisses in vollem Wortlaut.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

"Ich gelobe, die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen".

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich gratuliere zur Wahl und ersuche Dich, am Präsidiumstisch Platz zu nehmen. Damit kommen wir zum nächsten Punkt, zur Wahl eines neuen Mitgliedes des Stadtsenates. Dieselbe Prozedur ist also noch einmal vorzunehmen. Seitens der sozialistischen Fraktion wurde mir für die Wahl eines neuen Mitgliedes des Stadtsenates Herr Gemeinderat Leopold Tatzreiter statutengemäß vorgeschlagen. Wahlberechtigt hiefür sind ebenfalls nur die Mitglieder der sozialistischen Gemeinderatsfraktion. Die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen ist erforderlich. Ich bitte, auch hier die Wahlhandlung durchzuführen und die Stimmprüfer, das Wahlergebnis zu ermitteln.

Wahlvorgang

Die Wahl zum Mitglied des Stadtsenates hat folgendes Ergebnis gebracht:
Anzahl der abgegebenen Stimmen: 22.- Für Stadtrat Leopold Tatzreiter: 21.
Stimmenthaltungen: 1.

Applaus

Herr Stadtrat Leopold Tatzreiter ist damit gewählt und ich frage Dich, Herr Stadtrat Tatzreiter, nimmst Du diese Wahl an?

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Ja.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke und darf Sie alle wieder bitten, sich von den Plätzen zu erheben. Ich darf Herrn Stadtrat Tatzreiter ersuchen, das Gelöbnis abzulegen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

"Ich gelobe, die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen."

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, ich gratuliere nochmals beiden Gewählten und darf die beiden bitten, im Sinne unserer Stadt und unserer allgemeinen Zusammenarbeit mitzuhelfen, damit wir das Beste für unsere Bevölkerung erreichen.

Wir kommen damit zu Punkt 5), Festlegung der Reihenfolge, in der die Vizebürgermeister den Bürgermeister zu vertreten haben. Gemäß § 25 in Zusammenhang mit § 27 Abs. 8 StS wird die Reihenfolge, in der die Vizebürgermeister den Bürgermeister zu vertreten haben, wie folgt festgelegt:

1. Vizebürgermeister Hermann Leithenmayr als hauptberuflich geschäftsführender Vizebürgermeister. - 2. Vizebürgermeister Karl Holub.

Meine Damen und Herren, bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, hat Herr Vizebürgermeister Leithenmayr gebeten, eine kurze Erklärung abgeben zu dürfen. Ich bitte ihn darum.

VICEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte im Namen aller die heute angelobt wurden, die heute gewählt wurden, danke sagen und unsere Mitarbeit und die Zusammenarbeit, die wir unsererseits mitbringen, hier zum Ausdruck bringen. Ich danke, daß wir so freundlich aufgenommen wurden. Ich hoffe, daß wir auch die Zusammenarbeit aller anderen Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtsenates haben und daß diese Zusammenarbeit auch über die fraktionellen Grenzen hinweg gegeben sei. Ich darf versprechen für alle, die heute neu in den Gemeinderat eingezogen sind, daß wir uns nach besten Kräften hier im Gemeinderat einsetzen werden für das Wohl unserer Stadt und ihrer Bürger. Ich danke Ihnen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diese Erklärung. Wir kommen damit zum 6. Punkt, Zusammensetzung der Personalkommission. Gemäß § 114 des Statutargemeinde-Beamtengesetzes besteht die gemeinderätliche Personalkommission aus der gleichen Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates und von Beamten, die Personalvertreter sind, sowie dem mit den Personalangelegenheiten betrauten zuständigen Referenten des Stadtsenates. Da in den Mitgliedern des Gemeinderates keine Änderung eingetreten und beabsichtigt ist, das Personalwesen Herrn Vizebürgermeister Leithenmayr zu übertragen und das mit den Personalangelegenheiten betraute Mitglied des Stadtsenates ex lege in die Personalkommission entsandt ist, wird die Personalkommission künftig folgende Zusammensetzung haben:

Vizebürgermeister Leithenmayr (Vorsitzender); Bürgermeister Heinrich Schwarz; Vizebürgermeister Holub; Stadtrat Ingrid Ehrenhuber, Adolf Danningner; Ing. Walter Fuchs; Erwin Schuster.

Ich bitte um Kenntnisnahme dieser Mitteilung.

Schließlich darf ich noch die Anzeige über die Fraktionsobmänner zur Verlesung bringen.

Da durch das Ausscheiden von Vizebürgermeister Leopold Wippersberger und Stadtrat Johann Zöchling sowohl die Funktion des Fraktionsobmannes der sozialistischen Gemeinderatsfraktion als auch die des Fraktionsobmann-Stellvertreters vakant geworden ist, wurde durch die sozialistische Gemeinderatsfraktion schriftlich mitgeteilt, daß Fraktionsobmann künftighin Herr Vizebürgermeister Hermann Leithenmayr und sein Stellvertreter Herr Stadtrat Erich Sablik sein wird. Dies gebe ich gemäß § 8 a des Statutes für die Stadt Steyr hiemit bekannt.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Solche liegen nicht vor und es ist dieser Tagesordnungspunkt damit erledigt.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Ihnen einige Mitteilungen zukommen lassen. Zunächst, so wie in jeder Gemeinderatsitzung, ein Bericht der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage.

Hiezu bringe ich auszugsweise den letzten Bericht des Arbeitsamtes zur Verlesung. Dieser lautet wie folgt:

Im letzten Monat des abgelaufenen Jahres wirkten sich saisonale Einflüsse etwas negativ auf den Arbeitsmarkt aus, die konjunkturellen Rahmenbedingungen sind jedoch nach wie vor unverändert gut. Es kann also im kommenden Jahr weiterhin mit sehr guten Arbeitsmöglichkeiten gerechnet werden. Das neue Jahr wird ein

Jahr mit bedeutenden Veränderungen und vorerst auch noch mit vielen Fragezeichen für die im Bezirk dominierende Fahrzeugindustrie sein. Die Weichen für die Neuerungen wurden bereits im abgelaufenen Jahr gestellt. Die Auswirkungen werden aber erst in den nächsten Monaten etwas klarer werden. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen stieg im Dezember um 271 oder 12,5 Prozent auf 2.436 (1.265 Männer, 1.171 Frauen) an. Etwa die Hälfte der neu angemeldeten Arbeitslosen entfällt auf die Bauwirtschaft, der Rest verteilt sich auf andere saisonabhängige Branchen. Der weitgehend saisonbedingte Beschäftigungsrückgang fiel jedoch infolge der guten Zusatzbedingungen sehr mäßig aus. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß zu Ende des Vorjahres noch um 202 Personen oder 7,7 Prozent mehr arbeitslos vorgemerkt waren als zum heurigen Jahreswechsel. Geringfügig zurückgegangen (- 3,5 Prozent) ist im letzten Monat die Zahl der gemeldeten offenen Stellen. Sie beträgt nunmehr 585, wobei der Schwerpunkt auf Metall- (121), Handels- (72) und Fremdenverkehrsberufe / (1) entfällt. Gegenüber dem Vorjahr ist diese Zahl um 150 oder 34,5 Prozent höher - ein weiteres Indiz für die momentan gute Beschäftigungslage.

Meine Damen und Herren, zur Einrichtung einer geriatrischen Abteilung am Landeskrankenhaus Steyr darf ich Ihnen mitteilen, daß Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Eckmayr hat eine dringliche Anfrage betreffend Errichtung einer geriatrischen Abteilung am Landeskrankenhaus Steyr mit Note vom 4. Jänner 1990 damit beantwortet, daß schon seit dem Spatenstich für das neue Chirurgiegebäude die Schaffung einer derartigen Einrichtung beabsichtigt sei. Nach Fertigstellung der neuen Chirurgie werden die freiwerdenden Räumlichkeiten nach entsprechender Adaptierung für eine geriatrische Abteilung zur Verfügung gestellt werden.

Das ist, glaube ich, eine erfreuliche Mitteilung, weil mit einer solchen Einrichtung ein langjähriger Wunsch unserer Stadt in Erfüllung gehen könnte. Ich möchte darauf hinweisen, daß ich beabsichtige, Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Eckmayr einzuladen zu Gesprächen in diesem Zusammenhang, auch in seiner Funktion als Landeshauptmann-Stellvertreter. Ebenso möchte ich mitteilen, daß ich Herrn Bundesminister Schüssel zu Gesprächen nach Steyr eingeladen habe, um die wirtschaftlichen Problematiken und die Verkehrsanbindungen mit ihm in persönlichen Gesprächen abzuklären.

Zum Sonderförderungsabkommen für die Krisenregion Steyr möchte ich folgendes mitteilen:

Eine diesbezügliche Anfrage an Bundesminister Lacina wurde von diesem damit beantwortet, daß im Rahmen der Österr. Raumordnungskonferenz eine neue Abgrenzung der Förderungsgebiete für industriell-gewerbliche Unternehmen erfolgt ist. Darin ist auch der politische Bezirk Steyr enthalten. Die gemeinsame regionale Sonderförderungsaktion Bund - Land in Form der regionalen Innovationsprämie wird daher auch auf die Stadt Steyr angewendet werden können. Der Bund hat in Aussicht genommen, daß für diese verbesserte Regionalförderungsaktion, welche über das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr abgewickelt wird, in den Jahren 1990 bis 1992 weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Seitens der betroffenen Länder wird eine jeweils gleich hohe Beteiligung erwartet.

Meine Damen und Herren, nun noch eine Mitteilung über die Situation, die Krisensituation, der Steyr-Daimler-Puch AG.

Erfreulicherweise konnte die Krisensituation in der Steyr-Daimler-Puch AG, die vom Betriebsrat mit einem organisierten Streik beantwortet wurde, im Verhandlungswege entschärft bzw. bereinigt werden. Die Stadt Steyr hat die Bestrebungen

des Arbeiterbetriebsrates unterstützt und ein Telegramm folgenden Inhaltes an

Herrn Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky; Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck; Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter-Stellvertreter Dr. Karl Grüner; Herrn Generaldirektor Dipl. Ing. Otto Voisard und Herrn Dr. Guido Schmidt-Chiari als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Steyr-Daimler-Puch AG abgesendet und zur Kenntnis an die Herren Abgeordneter zum Nationalrat Hermann Leithenmayr und Landesrat Ing. Hermann Reichl.

"Die Stadt Steyr verfolgt mit größter Besorgnis die Vorgänge in der Steyr-Daimler-Puch AG. Unter dem Titel von Umstrukturierungsmaßnahmen wird der Betrieb förmlich zerschlagen. Die Absiedlung der verbleibenden Teile - insbesondere Produktion des Motors M 1 und die Traktorenfertigung nach St. Valentin - schwächt die Wirtschaftskraft der gesamten Region und wird damit durch steuerliche Mindereinnahmen das kommunale Geschehen der Stadt in nachhaltigster Weise negativ beeinflusst. Außerdem werden die Bemühungen der Gewerkschaft, die kürzlich ausgesprochene Kündigung von 167 bewährten Mitarbeitern zurückzunehmen, unterstützt, zumal hierfür aufgrund der gegenwärtig bestehenden Auftragslage offenbar keine sachliche Begründung vorliegt.

Die Stadt Steyr erhebt die dringende Forderung, die in Kritik gezogenen Maßnahmen zu revidieren. Die Unternehmenspolitik kommt einer Vernichtung des bisher nicht nur für die Stadt, sondern darüberhinaus für die gesamte Region maßgebenden Betrieb gleich. Die Stadt erhebt daher an alle entscheidungsbefugten Stellen den Appell, einer weitergehenden Zersplitterung des Unternehmens energisch entgegenzutreten."

Desgleichen wurde der direkte Kontakt mit Herrn Bundeskanzler Dr. Vranitzky hergestellt und hat dieser für 29. 1. 1990 einen Vorsprachetermin zugesagt. An dieser Vorsprache hätten neben mir die Kollegen Leithenmayr und Pimpl sowie Landesrat Ing. Reichl und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner teilgenommen. Da aber durch das kurz vorher zustandegekommene Verhandlungsergebnis mehr oder weniger eine Klaglosstellung erfolgte, konnte die Vorsprache unterbleiben. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß die sozialistische Fraktion des Gemeinderates am 23. Jänner 1990 eine eigene Resolution faßte, mit der sie sich mit den Zielsetzungen des Arbeiterbetriebsrates der Steyr-Daimler-Puch AG in jeder Hinsicht solidarisch erklärte und die Forderung erhob, die Erreichung des Zieles der Streikmaßnahmen zu unterstützen.

Ich bitte um Kenntnisnahme dieser Mitteilungen.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS. Hier darf ich mitteilen, so wie immer, daß die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt wurden. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt der Gemeinderatseinladung bei.

Bedvor ich den Vorsitz abgebe zur Behandlung der Verhandlungsgegenstände, möchte ich Ihnen gemäß § 7 Abs. 2 lit. h und § 18 (4), 2. Satz der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den Antrag zur Geschäftsordnung, den Punkt 1) Steyr-Daimler-Puch AG, Resolution, von der Tagesordnung abzusetzen und begründe dies wie folgt:

Wie bereits in meinen Mitteilungen dargelegt, hat die Stadtverwaltung seit Bekanntwerden der Krisensituation in der Steyr-Daimler-Puch AG die Vorgänge in der Steyr-Daimler-Puch AG mit größter Besorgnis verfolgt, diesbezüglich an die maßgebenden Stellen ein Telegramm abgesendet und Kontakt mit dem Bundeskanzler hergestellt. Da zum Zeitpunkt der Erstellung der Tagesordnung noch eine akute

Krisensituation gegeben war, beabsichtigte ich, auch den gesamten Gemeinderat mit der Sachlage zu befassen und eine Resolution zu beschließen. Weil es aber glücklicherweise in der Zwischenzeit gelungen ist, zwischen der Firmenleitung und dem Betriebsrat die Krise weitgehend zu bereinigen, erscheint das Ziel der ursprünglich beabsichtigten Resolution als erreicht und ist eine diesbezüglich gesonderte Beschlußfassung nicht mehr notwendig. Das bedeutet aber selbstverständlich nicht, daß die Stadt die weitere Entwicklung in der Steyr-Daimler-Puch AG und ihren Teilbetrieben nur mehr mit eingeschränktem Interesse verfolgen wird. Die Thematik wird von der Sozialistischen Fraktion auch in der heutigen Aktuellen Stunde aufgegriffen werden.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, zu diesem Antrag ist gemäß § 7 eine Diskussion nicht zulässig. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer diesem Antrag auf Absetzung die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Gegen 2 Stimmen (GAL, KPÖ) ist dieser Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Wir kommen damit zur Behandlung der Verhandlungsgegenstände und ich ersuche Kollegen Leithenmayr um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Dich, Herr Bürgermeister, Bericht zu erstatten.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen heute einige Anträge zu unterbreiten und darf Sie gleich um Ihre Zustimmung bitten.

Im ersten Antrag geht es um eine Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse. Das liegt darin begründet, daß sich personelle Veränderungen heute ergeben haben und ich darf Ihnen den Antrag zum Vortrag bringen.

2) Präs-63/90

Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. Jänner 1990 werden die gemeinderätlichen Ausschüsse in der in der Anlage beigeschlossenen Aufstellung neu besetzt (BEILAGE).

Ich glaube, daß ich mir die Verlesung der Mitglieder der einzelnen Ausschüsse ersparen darf. Der Verzicht auf die Verlesung würde eine wesentliche Verkürzung bedeuten.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Erhebt sich ein Einwand? Keiner, das ist akzeptiert.

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich frage, wer der vorliegenden Fassung die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Danke. Gegenprobe? Enthaltung? Einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten zuzustimmen dem Abschluß eines Vertrages mit dem Landesverband Oberösterreich des Roten Kreuzes im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Notarztwagens.

Meine Damen und Herren, am 1. Dezember 1989 ging der Notarztwagen in Steyr in Betrieb. Dieser Notarztwagen wird von der Bezirksstelle Steyr-Stadt des Oö. Roten Kreuzes betrieben und ist beim Landeskrankenhaus Steyr stationiert. Im Einsatz wird das Fahrzeug von einem Notfallarzt und zwei hauptamtlichen Notfallsanitätern besetzt. Der Notfallarzt wird vom Landeskrankenhaus Steyr

bereitgestellt. Die erforderlichen 8 Notfallsanitäter sind Dienstnehmer des ÖÖ. Roten Kreuzes und werden in der einsatzfreien Zeit im Landeskrankenhaus Steyr fortgebildet und im Rahmen dieser Fortbildung beschäftigt. Das Fahrzeug selbst ist mit zahlreichen Geräten und Medikamenten ausgestattet, die eine medizinische Intensivversorgung eines Patienten ermöglichen, so daß diese als "mobile Intensivstation" bezeichnet werden kann. Die Kosten für 3 Sanitäter werden von der Stadt Steyr und für 1 Sanitäter von den Umlandgemeinden getragen. Dieser Vertrag entspricht den zwischen der Stadt Steyr und dem Landesverband Oberösterreich des Österr. Roten Kreuzes geführten Vorverhandlungen zur Gänze und sieht ein Inkrafttreten des Übereinkommens ab 1. Jänner 1990 vor. Ich möchte Ihnen den Antrag des Stadtsenates zur Kenntnis bringen.

3) Ha-7442/87

Einrichtung eines Notarztwagens in Steyr; Abschluß eines Vertrages mit dem Landesverband Oberösterreich des Roten Kreuzes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 4. Dezember 1989 wird dem Abschluß des in der Anlage beigeschlossenen Vertrages zwischen der Stadt Steyr und dem Landesverband Oberösterreich des Österr. Roten Kreuzes, betreffend die Finanzierung von 3 Notfallsanitätern des Notarztwagens Steyr durch die Stadt Steyr zugestimmt. (BEILAGE)

Meine Damen und Herren, damit findet eine langjährige Forderung unserer Stadt einen sehr positiven Abschluß und ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, danke zu sagen allen jenen, die sich dafür besonders verwendet haben. Danke Herrn Vizebürgermeister Holub als zuständigen stadträtlichen Referenten, Herrn Stadtrat Zöchling als den zuständigen Referenten für das Rote Kreuz. Besonders Herrn Landesrat Hochmayr, der sich wirklich in seiner kurzen Zeit, in der er in dieser Funktion ist, ganz vehement für die Erreichung dieses Zieles eingesetzt hat. Ich möchte aber auch Herrn Primarius Dr. Kleinberger ganz offiziell hier vor dem Gemeinderat danken. Darüber hinaus möchte ich allen Fraktionen, den Fraktionsobmännern für ihren Einsatz danken. Ich kann mich daran erinnern, daß Kollege Treml fast keine Gemeinderatsitzung vorbeigehen hat lassen, ohne auf dieses Problem hinzuweisen, aber auch die Mitglieder der übrigen Fraktionen haben sich ständig und immer wieder bemüht, durch Interventionen und Hinweise auf diese Problematik aufmerksam zu machen. Wir sind sehr froh, daß es gelungen ist, dieses Ziel zu erreichen. Ich bitte Sie um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag jemand das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Enthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um den Ankauf eines Gewerbe- und Industriegebiets in Hinterberg von der Steyr-Daimler-Puch AG, um eine Vertragsstornierung und um den Abschluß eines Kooperationsvertrages mit der Z-Leasing Immobilien GesmbH. Ich darf darauf hinweisen, daß in der Sitzung vom 23. November 1989 der Gemeinderat unserer Stadt dem Ankauf eines Industrieareals in der Katastralgemeinde Hinterberg im ungefähren Ausmaß von 62.000 m² von Steyr-Daimler-Puch AG zum Preise von S 300,-/m² zugestimmt. Im damaligen Amtsbericht hat die Magistratsdirektion ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Stadt die Möglichkeit prüft, den Ankauf gemeinsam mit Betriebsansiedlungs- bzw. Finanzierungsge-

sellschaften durchzuführen und bestrebt sein wird, womöglich noch vor Unterfertigung der notwendigen Urkunden eine diesbezügliche Entscheidung zu treffen. Die Verhandlungen im Gegenstand wurden zwischen dem Magistrat und der Z-Leasing geführt und nach intensiven Gesprächen nunmehr in der Weise zum Abschluß gebracht, daß die Z-Leasing selbst als Käufer des Industriareals aus der EZ 11 Kat. Gem. Hinterberg auftritt und ihrerseits mit der Stadt einen Kooperationsvertrag über die Aufschließung dieses Geländes und die künftige Vergabe von Liegenschaften abschließen wird. Aus diesem Anlaß ist es notwendig, den Beschluß des Gemeinderates vom 23. November 1989, der den Ankauf des Industriareals durch die Stadt vorgesehen hat, zu stornieren. Gleichzeitig mit dem Kaufvertragsabschluß ist ein Kooperationsvertrag mit der Z-Leasing über die Aufschließung und Verwertung der vertragsgegenständlichen Liegenschaft abzuschließen. In diesem Kooperationsvertrag hat sich die Stadt Steyr zu verschiedenen Aufschließungsleistungen zu verpflichten, denen das Recht bis 31. Dezember 1991, die einzelnen Grundstücke zu vergeben, gegenübersteht. Ich glaube, ich kann mir die Verlesung des Amtsberichtes im Detail ersparen, denn es wurde ja dieses Problem in allen Fraktionen eingehend behandelt und ich komme nun zur Verlesung des Antrages des Stadtsenates.

4) Ha-7649/89

ÖAG-404/88

Ankauf eines Gewerbe- und Industriegeländes in Hinterberg von der Steyr-Daimler Puch AG - Vertragsstornierung; Abschluß eines Kooperationsvertrages mit der Z-Leasing GEMINI Immobilien Leasing Gesellschaft mbH.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 18. Dezember 1989 wird der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 23. November 1989 zu ÖAG-404/77 über den Ankauf eines Industriareals aus der EZ 11 Kat. Gem. Hinterberg im ungefähren Ausmaß von 62.000 m² von der Steyr-Daimler-Puch AG aufgehoben. Weiters wird dem Abschluß eines Kooperationsvertrages mit der Z-Leasing Immobilien Leasing GesmbH, 1030 Wien, Seidlgasse 21, über die Aufschließung und Verwertung des von dieser Gesellschaft von der Steyr-Daimler-Puch AG erworbenen Industriareals aus der EZ 11 Kat. Gem. Hinterberg zugestimmt. Wegen Dringl wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Bollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (BEILAGE)

Ich bitte sie um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich frage, ob zu diesem Antrag jemand das Wort wünscht? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe ja bei der Gemeinderatsitzung im November des Vorjahres dem Ankauf eines Industriareals in Hinterberg im Ausmaß von 62.000 Quadratmetern von der Steyr-Daimler-Puch AG zum günstigen Preis von S 300,-/m² zugestimmt, wie alle anderen Gemeinderäte und Fraktionen. Für die Stadt Steyr war dies nach meiner Auffassung eine der letzten Gelegenheiten, ein größeres Areal im Stadtgebiet für Gewerbe- und Industrieansiedlung zu erhalten. Und nun wird beantragt, diesen Grundankauf zu stornieren. Die Stadt bedient sich nun laut Amtsbericht der Betriebsansiedlungs- und Finanzierungsgesellschaft Z-Leasing GEMINI, die nun als Käufer des Industriareals auftritt und gleichzeitig mit der Stadt einen Kooperationsvertrag über die Aufschließung dieses Geländes vorsieht. Die Leasing-Gesellschaft wird auf dieser Liegenschaft Ertragsobjekte errichten, wobei

der Stadt Steyr bis 31. Dezember 1991 das Vergaberecht eingeräumt wird. Außerdem hat die Z-Leasing verpflichtet, für die erforderlichen Aufschließungsarbeiten, wie auch teilweise Bürgermeister Schwarz erwähnte, nämlich dieses Industriegrundstückes, 10 Millionen Schilling bereitzustellen. Aber meine Damen und Herren des Gemeinderates, dem gegenüber stehen Verpflichtungen der Stadt in einer Gesamthöhe von schätzungsweise mehr als 40 Millionen Schilling. Es gehört dazu die Errichtung einer Aufschließungsstraße über die Verlängerung der Messererstraße durch eine Unterführung samt Weiterführung der Straße und Kanalausleitung bis zur Einbindung in die bestehende Gußwerkstraße, wobei diese auf Länge der östlichen Grundgrenze auf Kosten der Stadt auszubauen ist. Gleichzeitig verpflichtet sich die Stadt Steyr, diese Unterführung, Straße und das Kanalprojekt, bis zum Jahresende 1990 - also noch heuer - durchzuführen. Es gab nach meiner Information drei Varianten, diese Straße oder die Zufahrt zu diesem Industrieareal zu gestalten. Man hat sich von diesen drei Varianten zur teuersten entschieden, weil eben die Z-Leasing sagt, wenn schon, dann wollen wir das Beste. Daher natürlich auch das Teuerste. Ich sage dazu, wer das Geld hat, soll das zahlen, aber in dem Fall zahlt das nämlich die Stadt Steyr mit Ausnahme des Zuschusses Dritteldeckung bei der Straße von 10 Millionen Schilling. Weiters heißt es im Kooperationsvertrag, "für die Auflassung eines über die Bauliegenschaft führenden Weges hat wiederum die Stadt Steyr, sofern Bedarf besteht, im Wege der Aufschließung des Industriegeländes einen geeigneten Ersatz zu schaffen." Weiters, die finanziell wesentlichste Leistung hat die Stadt Steyr für die Ver- und Entsorgungsleitungen aufzubringen. Dazu gehören natürlich Wasser, Gas und Kanalisation, wobei die Stadt die Herstellung bis zur Grundgrenze der Liegenschaft ebenfalls zu tragen hat. Weiters verpflichtet sich die Stadt Steyr in diesem Kooperationsvertrag, den Sie nun auch mitbeschließen, daß hinsichtlich der Subventionierung der einzelnen Bauwerber - die wir noch gar nicht kennen - die Stadt Steyr die Verpflichtung abgeben muß, daß diese entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, unter besonderer Berücksichtigung der neu geschaffenen Arbeitsplätze, Förderungen zu gewähren hat. Dabei ist gedacht an die Refundierung von Anschlußgebühren oder eben zusätzlich daß man Gemeindesteuern erläßt.

Die KPÖ-Fraktion ist nach wie vor für den Ankauf dieses Industrieareals Hinterberg von der Steyr-Daimler-Puch AG im Ausmaß von 62.000 Quadratmeter um den äußerst günstigen Quadratmeterpreis von S 300,-. Dies ist für die Stadt ein äußerst günstiger Grundankauf, wenn man noch dazu einen Vergleich anstellt, daß die Stadt Steyr Gründe am Tabor vor etwa fünf oder sechs Jahren - ich weiß das nicht mehr so genau - um den Quadratmeterpreis von S 700,- ankaufte. Der Gesamtkaufpreis von 18,6 Millionen Schilling für dieses Industrieareal Hinterberg ist nach meiner persönlichen Auffassung vom Stadtbudget her sicherlich zu verkraften. Der zur Beschlußfassung vorliegende Kooperationsvertrag mit der Z-Leasing GesmbH gibt wohl der Stadt das Vergaberecht bis zum Jahre 1991, von dem kaum Gebrauch gemacht werden wird, aber sie verpflichtet sich gleichzeitig, sämtliche Aufschließungskosten in Höhe von mehr als 40 bis 45 Millionen Schilling und zusätzlich an die zukünftigen Bauwerber Millionenförderungen zu leisten.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für diesen Beitrag. Weiters zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizebürgermeister Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, für meine Fraktion kann ich nur sagen, daß wir diesem Antrag zustimmen werden, und zwar mit sehr logischen Begründungen. Zum einen erspart sich die Stadt Geld für den Grundankauf, zum anderen würde

sie sich durch den Eigenankauf nichts ersparen, was die Aufschließung betrifft. Ich war bei einigen Gesprächen selbst dabei, ich will hier im Plenum in der öffentlichen Sitzung nicht die Summe der Vorteile aufzählen, die die Stadt in den Gesprächen noch ver- oder erhandelt hat, weil man im nachhinein, wenn man ein Ergebnis hat, bei Gesprächen nicht unbedingt hingehen soll und sagen, dort habe ich den gelinkt und dort bin ich gelinkt worden. Das ist sicher nicht die Absicht einer Gemeinderatsitzung. Aber ich glaube, in Summe kann das Ergebnis als respektabel bezeichnet werden. Das Einzige, was ich dabei bedauere, das habe ich schon mehrfach gesagt, daß unter dem Zeitdruck, unter dem die Stadt gestellt wurde, wir nicht in der Lage oder bereit waren - das kann ich nicht so beurteilen - mehrere Offerte von Leasingbanken einzuholen. Denn für dieses wirklich schöne Grundstück hätten sich mehrere dafür interessiert. Daher gibt es keinen realen Konditionenvergleich. Das wäre das einzige, was man bei zukünftigen Transaktionen besser machen könnte. Sonst glaube ich, daß wir mit dieser Entscheidung, die wir jetzt mit dem Beschluß sanktionieren, das Richtige gemacht haben.

Ich denke, daß jeder von uns, auch die neu Gekommenen, die ich als Fraktionsobmann der ÖVP hier im Gemeinderat sehr herzlich willkommen heißen möchte bei dieser Gelegenheit, das Areal beim sogenannten Sauhof sehr gut kennt und daß jeder, der sich das angeschaut hat, der Ansicht ist, daß die Unterführung unter der Bahntrasse tatsächlich die bessere Aufschließung ist als die, die ursprünglich beim Gußwerk nicht beabsichtigt war, weil es auch hier zu Arbeiten am Gleiskörper, allerdings an einer privaten Gleisanlage, aber doch notwendigen Gleisanlage, gekommen wäre. Die Summen der Kosten jetzt schon zu vergleichen ist verfrüht. Die Summe der Vorteile aus dem jetzigen Beschluß liegt aber klar auf der Hand. Daher bitte ich doch, diesem Antrag doch möglichst einstimmig die Zustimmung zu geben.

VICEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Der Berichterstatter Bürgermeister Schwarz wünscht ein Schlußwort, ich erteile ihm dieses.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Holub hat schon sehr viel gesagt. Wir sind sehr froh darüber, daß wir einen Zugriff zu diesem Grund haben. 62.000 Quadratmeter ist eine sehr große Grundfläche, die eine Entwicklung auf betrieblichem Gebiet uns wieder eröffnet und ermöglicht.

Kollege Tremml hat selbst darauf hingewiesen, daß der Ankauf um einen Betrag von S 300,- sehr günstig ist und daß sich die Stadt das ohne weiteres hätte leisten müssen. Wir sind aber froh, daß wir diese S 300,- derzeit auch nicht ausgeben müssen. Er hat nur eines vergessen, das möchte ich auch sagen, selbst wenn wir dieses Grundstück gekauft hätten, hätten wir uns die Aufschließung nicht erspart. Sei es in dieser oder anderer Richtung gewesen. Die Kostenschätzung ist entlang der Hinterbergstraße ebenso kostenaufwendig in etwa wie die Unterführung. Immerhin geht es dort um mehr als 1 km, wenn es auch ein entsprechender Ausbau ist, würde das nicht sehr viel billiger kommen. Also die Aufschließung ist notwendig, um Betriebe dorthin zu bringen und daher, glaube ich, ist diese Entscheidung in diesem Fall und auch der Abschluß dieses Vertrages richtig. Ich bitte Sie um die Zustimmung.

VICEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke sehr für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Danke

sehr. Gegenprobe? Wer ist dagegen? 1 Gegenstimme KPÖ. Gibt es eine Stimmenthaltung? 1 Enthaltung GAL. Somit ist dieser Antrag mehrheitlich beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag bitte ich Sie um die Gewährung einer außerordentlichen Subvention an den ATSV Steyr zur Errichtung eines Garderobengebäudes bei der Kunst-eisbahn Steyr. Der entsprechende Antrag des Stadtsenates lautet:

5) Ha-6256/88

ATSV Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 16. 1. 1990 wird dem ATSV Steyr für die Errichtung des Garderobengebäudes bei der Kunst-eisbahn in Steyr eine außerordentliche Subvention in Höhe von S 1.083.800,- gewährt. Die Auszahlung dieser Subvention hat gegen Vorlage entsprechender Rechnungen zu erfolgen.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 800.000,- (achthunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/2621/777200.7 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 283.300,- (zweihundertdreißigtausendachthundert)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat in Höhe von S 200.000,- durch Rücklagenentnahme und in Höhe von S 83.300,- durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich glaube, ich kann mir ersparen, Details hier anzuführen. Es ist diese Vorgangsweise von uns gewählt worden, da sich dadurch die Stadt erhebliche Mittel erspart hat und die Neuerrichtung dieses Garderobengebäudes unbedingt erforderlich war, damit eine Trennung des Publikumslaufes vom Sportbetrieb auf der Kunsteisbahn durchführbar ist. Ich bitte Sie um Genehmigung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag jemand das Wort wünscht? Herr Gemeinderat Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich werde diesem Antrag nicht zustimmen, und zwar mit der Begründung, daß unserer Meinung nach für Soziales und Kultur in der Relation dazu sehr viel weniger Geld ausgegeben wird. Wenn ich sagen darf, daß für Kultur real im Jahr S 500.000,- laut Kulturbudget zur Verfügung stehen, kommt mir ein Garderobehaus um 1 Million Schilling einfach zu viel vor. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Nur eine ganz kurze Aufklärung, diese S 500.000,-, die von Kollegen Holub angeschnitten wurden, beziehen sich ausschließlich auf Subventionen an Kulturvereine. Die Ausgaben im kulturellen Bereich sind ein Vielfaches, das möchte ich sagen. Allein der Betrieb unseres Theaters bedarf einer weit größeren Summe, das möchte ich ausdrücklich sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für das Schlußwort des Berichterstatters, wir schreiten zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Danke vielmals. Gegenprobe? Stimmenthaltung? 1 Gegenstimme GAL. Mehrheitlich ist dieser Antrag somit angenommen. Ich ersuche den Berichterstatter, in seiner Berichterstattung fortzufahren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, der Bezugsregulierung und Erhöhung der Pensionsbeiträge ab 1. 1. 1990 die Zustimmung zu geben. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

6) Präs-707/89

Bezugsregulierung und Erhöhung der Pensionsbeiträge ab 1. 1. 1990.
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Abschnitt I

Artikel 1

a) den Beamten der Stadt Steyr werden bis zum Inkrafttreten der entsprechenden landesgesetzlichen Vorschriften vorgriffsweise monatliche Ergänzungszulagen in Höhe der Differenz zwischen den am 1. 12. 1989 geltenden Bezugsansätzen und den in den Anlagen angegebenen Bezugsansätzen gewährt. Die Ergänzungszahlungen unterliegen der Pensionsbeitrags- und der Krankenfürsorgebeitragspflicht sowie der Pensionsautomatik.

b) Auf die Vertragsbediensteten finden die Bestimmungen der lit. a) sinngemäß Anwendung, wobei diese Bezüge nach den Bestimmungen des § 8 der für die Vertragsbediensteten der Stadt Steyr geltenden Vertragsbedienstetenordnung (VBO) festgesetzt werden. Die genauen Entlohnungsansätze sind aus den Gehaltstabellen in der Anlage ersichtlich.

Artikel 2

Die Pflegedienstzulage und die Pflegedienst-Chargenzulage werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1989 um 2,9 v. H. erhöht.

Artikel 3

Die Nebengebühren werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1989 um 2,9 v. H. (= Valorisierungsfaktor des Gehaltes von V/2) erhöht.

Abschnitt 2

Die von den Monatsbezügen und Sonderzahlungen sowie von dem Anspruch auf eine Nebengebühreuzulage begründenden Nebengebühren zu entrichtenden Pensionsbeiträge werden vorgriffsweise bis zur entsprechenden Novellierung des § 65 des StGBG bzw. des § 3 des öö. Nebengebühreuzulagengesetzes um 0,25 % v. H. erhöht.

Abschnitt 3

Die Bestimmungen des Abschnittes 1 und 2 treten ab 1. 1. 1990 in Kraft. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (BEILAGE)

Ich bitte um Verständnis, daß ich die Tabelle nicht zur Verlesung bringe.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag vernommen, wünscht jemand dazu das Wort? Herr Gemeinderat Tremel bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe bereits hier im Gemeinderat die bundesweiten Gehaltsabschlüsse für das Jahr 1988 bis 1990 für die Gemeindebediensteten als sehr enttäuschend bezeichnet. Die Bezugsregelung, die heute beschlossen wird ab. 1. 1. 1990 um plus nur 2,9 Prozent ist ja ein Teil dieser Gehaltsabschlüsse. 1988 gab es bekanntlich die bescheidene Gehaltserhöhung, wie sie auch sicherlich noch wissen, nicht mit 1. 1., sondern erst mit 1. Juli und im Jahre 1989 und nun für 1990 je 2,9 Prozent. Gleichzeitig - das hat auch der Bürgermeister jetzt unterstrichen - wurden bzw. werden auch die Pensionsbeiträge erhöht. Weil diese Gehaltsverhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der Regierung ein so mieses Ergebnis brachten, kam es zu einer neuerlichen Gehalts-Nachverhandlung für den öffentlichen Dienst und damit auch für die Gemeindebediensteten. Mit nur S 350,- pro Monat ab 1. April dieses Jahres, gaben sich die Spitzen der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zufrieden. Das ist ihre Angelegenheit. Die ursprüngliche Forderung, wie Sie sicherlich auch wissen, sei eine Erhöhung der Bezüge ab 1. 1. 1990 um S 500,- pro Monat für Aktive und Pensionisten vor. Das Ergebnis, auf das sich Gewerkschaft und Regierung schließlich nach sogenannten sehr zähen und langen Verhandlungen einigten, liegt weit davon entfernt. Denn magere S 350,- monatlich und dies erst ab 1. April bis Ende des Jahres, das heißt 10,5 mal ausbezahlt werden, sind um 150 Schilling weniger als die ursprüngliche Forderung. Die S 250,- ab 1. April bedeuten auf das ganze Jahr umgerechnet brutto nur ganze S 262,50 monatlich. Gemeinsam mit den im 2-Jahres-Abschluß 1989 bis 1990 vereinbarten 2,9 Prozent sind das magere 4,3 Prozent Erhöhung. Ich kann dazu nur sagen, daß mit diesen S 350,- weder die Leistungssteigerung der Bediensteten und Beamten noch das höhere Wirtschaftswachstum einberechnet wurden. Der beantragten Bezugsregulierung mit 1. 1. 1990 werde ich natürlich selbstverständlich meine Zustimmung geben. Jedoch wird die gleichzeitige Erhöhung der Politikerbezüge und der Stadtratspensionen um ebenfalls 2,9 Prozent von der KPÖ abgelehnt. Die sind nämlich in diesem Beschluß beinhaltet. Vielleicht noch eines, damit Sie sich leichter tun bei der Abstimmung. Man kann ja vergleichen zwischen einem einfachen Bediensteten und einem Beamten, wie sich eine 2,9 %ige monatliche Erhöhung auf die Politiker auswirkt. Beim Landeshauptmann z. B. wirkt sie sich etwas besser aus, er bekommt immerhin S 6.300,- mehr, oder der Linzer Bürgermeister S 5.000,-, in Wels und Steyr S 4.700,-. Die 2 Vizebürgermeister rund S 1.650,- und die Stadträte S 650,- und die 27 Gemeinderäte ca. S 210,-. Ich habe bereits auch in meiner Budgetrede im Dezember des Vorjahres begründet und ausführlich dargelegt, warum die Gemeinderatsfraktion der KPÖ die Politikerprivilegien ablehnt. In einer Zeit, in der es in unserer Region eine beträchtliche Arbeitslosigkeit gibt - Bürgermeister Schwarz hat uns ja heute berichtet, daß sie weiter angestiegen ist - und wir heute in unserer Region 2.436 Arbeitslose haben und diese weit über dem oberösterreichischen Durchschnitt liegt. Das heißt, daß gleichzeitig natürlich auch es zu großen Belastungen der Bevölkerung kam und es diese gibt, wie z. B. durch Mieterhöhungen sowie auch einer großen Verschuldung unserer Stadt selbst, ist eine Erhöhung der Politikerbezüge, wenn es auch nur 2,9 Prozent sind abzulehnen.

Außerdem vertrete ich die Auffassung, daß das Einkommen eines politischen Mandatars aus seiner Funktion in einem vertretbaren Verhältnis zum Einkommen eines Arbeiters oder Angestellten stehen soll. Außerdem, so glaube ich auch, bezieht jeder Mandatar von uns - mit Ausnahme des Bürgermeisters und des geschäftsführenden Bürgermeisters unserer Stadt - ohnehin ein Berufseinkommen, bei dem die Teuerung auch bereits abgegolten wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für diesen Beitrag und darf fragen, ob der Berichterstatter ein Schlußwort wünscht? Bitte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu möchte ich sagen, daß es sich bei dieser Bezugsregulierung um eine Vereinbarung handelt, die auf Bundesebene abgeschlossen wurde und es bei uns Usus ist, - eine Vereinbarung sagt ja, wenn das Einvernehmen hergestellt wird, daß alle Verhandlungspartner mit dem Ergebnis einverstanden sind, so daß hier beide Teile die Zustimmung gegeben haben. Außerdem darf ich sagen, daß das nicht nur in Steyr so ist, sondern überall, daß die Bezüge der Funktionäre gekoppelt sind mit den Bezügen des öffentlichen Dienstes und sich daher diese Auswirkungen ergeben. Diese Diskussionen kennen wir seit eh und je. Es ist opportun, wenn man das immer wieder vorbringt. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich darf fragen, wer dem Antrag zustimmt, der möge zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung GAL. Somit ist dieser Antrag mehrheitlich beschlossen.

Ich bitte, in der Berichtersattung fortzufahren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich sie bitten, der Gewährung eines Finanzierungszuschusses an die Wohn- und Siedlungsgenossenschaft "Styria" die Zustimmung zu geben. Seit Jahren bemüht sich Herr Ebner-Liedlbauer, Inhaber der Bürstenfabrik Mayr, seine im Wehrgraben zwischen Wehrwasser und Wehrgrabengasse gelegene Liegenschaft käuflich zu verwerten. Nachdem verschiedene Verhandlungen vorerst zu keinem Ergebnis geführt hatten, hat nunmehr die Gemeinnützige Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft "Styria" der Stadt mitgeteilt, daß sie mit Kaufvertrag vom Oktober 1989 diese Liegenschaft für Wohnbauzwecke erworben hat. Gleichzeitig hat die Genossenschaft an die Stadt das Ansuchen gerichtet, diesen Grundankauf durch einen Kostenzuschuß zu fördern, der zur Senkung der Grundkosten bestimmt ist und der gesamten Liegenschaft zugute kommt. Er wird demnach an alle Mieter der zu errichtenden Häuser weitergegeben. Die "Styria" hat in diesem Zusammenhang der Stadt auch angeboten ihr das Einweisungsrecht für 18 Wohneinheiten, das wäre die Hälfte der vorgesehenen Wohnungen bei Leistung eines Finanzierungsausschusses einzuräumen.

Ich bitte Sie, folgendem Antrag die Zustimmung nicht zu versagen.

7) Ha-4371/89

Gemeinnützige Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft "Styria" Finanzierungszuschuß - Bauvorhaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Leistung eines Finanzierungszuschusses von S 1.260.000,- an die Gemeinnützige Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft "Styria" zur Förderung des Grundankaufes und des Baues einer Wohnhausanlage auf den sogenannten Ebner-Gründen im Wehrgraben wird mit folgender Maßgabe zugestimmt:

Die Entrichtung dieses Zuschusses hat in zwei gleichen Raten am 31. Jänner 1990 und bei Baubeginn zu erfolgen. Im Falle der Nichtrealisierung des Wohnbauvorhabens ist der erste Förderungsteilbetrag verzinst im Sinne des Amtsberichtes an die Stadt zurückzuzahlen. Bei Bezahlung des gesamten Finanzierungsbetrages ist der Stadt ein Einweisungsrecht für 18 Wohneinheiten auf die Dauer des Bestandes

der Wohnhausanlage einzuräumen. Für die Bezahlung des 1. Finanzierungsbeitrages in Höhe von S 630.000,- werden die erforderlichen Mittel bei der VA-Stelle 5/84000/777010.8, Voranschlag 1990, freigegeben.

Ich bitte Sie um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für die Berichterstattung. Wünscht jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, schreiten wir zur Abstimmung. Ich darf jene Damen und Herren des Gemeinderates, die für diesen Antrag sind bitten, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Ich stelle die einstimmige Annahme fest und bitte den Berichterstatte fortzufahren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten um Zustimmung, die Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre an die Fraktionen und Parteiorganisationen zu beschließen. Dieser Antrag beruht auf einer Empfehlung, auf einem Erlaß des Amtes der Oö. Landesregierung vom 14. November 1985 und wurde seither regelmäßig jährlich in der Jänner-Sitzung beschlossen.

8) Ha-7871/89

Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre für das Jahr 1990.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 18. 12. 1989 wird als Gemeindebeitrag zur Schulung von Gemeindefunktionären für das Jahr 1990 ein Beitrag von

S 274.300,- (zweihundertvierundsiebzigttausenddreihundert)

bei der VA-Stelle 1/0000/757000.3 für das Rechnungsjahr 1990 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke dem Berichterstatte. Wünscht hiezu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, wir kommen daher zur Abstimmung. Ich darf fragen, wer mit diesem Antrag einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag bitte ich sie um die Freigabe einer Akontozahlung an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für den Mitgliedsbeitrag 1990.

Der Reinhaltverband Steyr und Umgebung hat bei mehreren Kreditinstituten Kontokorrentkredite, die mit Stichtag 15. 12. 1989 einen Soll-Stand von ca. 48,9 Millionen Schilling aufweisen. Zur Verringerung der Vorfinanzierungskosten für diese Kontokorrentkredite ist es notwendig, eine Akontozahlung für den Mitgliedsbeitrag 1990 zu leisten.

Der Stadtsenat stellt folgenden Antrag:

9) Wa-1056/65

Wa-5450/75

Akontozahlung an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für den Mitgliedsbeitrag 1990.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Anweisung einer Akontozahlung in Höhe von S 6,766.000,- für den Mitglieds-

beitrag 1990 der Stadt Steyr und einer in Höhe von S 62.000,- für den Mitgliedsbeitrag 1990 der Gemeinde Dietach, somit insgesamt S 6,828.000,-, an den Reinhalungsverband Steyr und Umgebung wird zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe des Betrages in Höhe von S 6,828.000,- bei der VA-Stelle 1/8110/774000.1 genehmigt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Genehmigung ersuchen.

VICEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für die Berichterstattung. Wünscht jemand dazu das Wort? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist und wir kommen daher zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich, zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu erheben? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest. Ich bitte den Berichterstatter fortzufahren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um den Verkauf des Grundstückes 1576/9 KG Föhrenschacherl an die Ehegatten Karin und Eduard Riegler sowie an die Ehegatten Gottfried und Anna Huemer je zur Hälfte.

Folgender Antrag liegt vor:

10) ÖAG-7058/85

ÖAG-7062/88

Verkauf des Grundstückes 1576/9, Kat. Gem. Föhrenschachler, an die Ehegatten Karin und Eduard Riegler sowie an die Ehegatten Gottfried und Anna Huemer je zur Hälfte.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsherichtes wird dem Verkauf des Grundstückes 1576/9, Kat. Gem. Föhrenschacherl, an die Ehegatten Eduard und Karin Riegler, 4400 Steyr, Wolfenstraße 41, sowie an die Ehegatten Gottfried und Anna Huemer, 4400 Steyr, Schumannstraße 1, zu nachstehenden Bedingungen zugestimmt:

Die beiden Käufer erwerben je die Hälfte der gesamten Parzelle, sohin jeweils eine Fläche von 2.000 m². Der Kaufpreis beträgt S 320,-/m², ein anteiliger Straßengrund von jeweils 138 m² ist zum gleichen Kaufpreis mitzuerwerben. Der Gesamtkaufpreis von jeweils S 684.160,- kann in fünf gleichen Jahresraten, beginnend bei Vertragsunterfertigung, entrichtet werden. Die zum Zeitpunkt der Verbücherung aushaftenden Teilbeträge sind grundbücherlich sicherzustellen. Die Käufer haben die Verpflichtung zu übernehmen, binnen 3 Jahren einen Zubau zu den jeweiligen Betriebsgebäuden auf dem Kaufgegenstand zu errichten und diesen zu betreiben. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt das Vor- und Wiederkaufsrecht an den Kaufliegenschaften vor. Im übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

VICEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für diesen Bericht und den Antrag. Wünscht jemand dazu das Wort? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist. Wir kommen zur Abstimmung und ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer für diesen Antrag stimmt? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme. Ich bitte den Berichterstatter, fortzufahren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Für besondere Verdienste auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens liegt ein Antrag auf Verleihung der Feuerwehrverdienstmedaillen der Stadt Steyr an Angehörige der Betriebsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr vor.

Ich bitte Sie um Verständnis, daß ich die Liste nicht verlese und würde bitten, daß in einem der Beschluß gefaßt wird.

11) FW-404/90

Antrag auf Verleihung der Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 11. 1. 1990 wird für eine 15jährige verdienstvolle Tätigkeit auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens in der Stadt Steyr an nachstehend angeführte Feuerwehrmitglieder die "Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr" verliehen.

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr:

Hauptbrandmeister Gustav Raffelsberger; Hauptlöschmeister Michael Wiesmayr; Oberlöschmeister Manfred Gassner; Oberlöschmeister Rupert Springer jun.; Hauptfeuerwehrmann Jürgen Hahn.

Betriebsfeuerwehr SKF Steyr GesmbH:

Hauptbrandmeister Berthold Hatschenberger; Feuerwehrmann Johann Flach; Feuerwehrmann Anton Fallmann.

Betriebsfeuerwehr Steyr-Daimler-Puch AG:

Hauptfeuerwehrmann Hubert Beinhagl; Hauptfeuerwehrmann Berthold Eibl; Hauptfeuerwehrmann Leopold Leitner-Sidl; Hauptfeuerwehrmann Hans-Christian Schiffer.

Die Überreichung soll im Rahmen der Vollversammlung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr am 23. März 1990 erfolgen.

VICEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag liegt vor. Ich frage, wünscht hiezu jemand das Wort? Auch nicht der Fall, wir kommen daher zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

Wir kommen zum letzten Antrag, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im letzten Antrag geht es um den Verkauf der Grundstücke 1760/3 und 1760/7, KG. Steyr, an die Fa. Steyr-Nutzfahrzeuge AG, 4060 Leonding, Haidfeldstraße 37.

Im Zusammenhang mit betriebsinternen Umstrukturierungsmaßnahmen der Steyr-Daimler Puch AG hat die Betriebsleitung beschlossen, das Gelände des derzeitigen Hauptreparaturwerkes, welches nach Ausscheidung aus dem Gesamtbetrieb Steyr-Handels- und Servicegesellschaft mbH. genannt wird, zu verkaufen. Es ist beabsichtigt, anstelle des bisher an der Ennser Straße angesiedelten Betriebes einen Lkw-Reparaturstützpunkt in Steyr zu errichten.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

12) ÖAG-464/90

Verkauf der Grundstücke 1760/3 und 1760/7, KG. Steyr,
an die Fa. Steyr-Nutzfahrzeuge AG, 4060 Leonding, Haidfeldstraße 37.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes wird dem Verkauf der Grundstücke 1760/3 und 1760/7, je KG Steyr, im Gesamtausmaß von 11.472 m² an die Steyr-Nutzfahrzeuge AG, 4060

Leonding, Haidfeldstraße 37, zu nachstehenden Bedingungen zugestimmt:
Der Kaufpreis beträgt S 800,- je m2 und dieser ist für das Grundstück 1760/3 bei Vertragsunterfertigung zu entrichten. Die Bezahlung des Kaufpreises für das Grundstück 1760/7 hat entweder 18 Monate nach Vertragsunterfertigung oder binnen 14 Tagen nach Bekanntgabe der Beseitigung der Mauerfundamente auf dem Grundstück zu erfolgen. Ein anteiliger Straßengrund von 441 m2 ist zum selben Kaufpreis mitzuerwerben. Der Gesamtkaufpreis beträgt daher S 8,339.100,-.
Die Käuferin hat die Verpflichtung zu übernehmen, binnen 3 Jahren einen Lkw-Reparaturstützpunkt zu errichten und zu betreiben. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt am Kaufgegenstand das Vor- und Wiederkaufsrecht vor. Sämtliche Kosten in Verbindung mit dem abzuschließenden Laufvertrag sind von der Käuferin zu tragen-

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für diesen Antrag. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung und ich bitte, wer für den Antrag ist, ein Zeichen der Zustimmung zu geben? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.
Damit sind alle Anträge des Bürgermeisters behandelt und ich gebe damit den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für die Vorsitzführung und erteile Kollegen Holub das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Zunächst möchte ich bekanntgeben, daß hier am Rednerpult ein Kugelschreiber mit der Werbeaufschrift Siemens gefunden wurde, sollte sich ein Eigentümer finden, er kann ihn abholen.
Werte Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe in Summe 6 Anträge aus dem Referat Denkmalpflege vorzulegen und bitte, die Berichterstattung in einem skizzenhaft vornehmen zu dürfen. Es geht darum, daß ein Wunsch der Stadt Steyr und auch des Denkmalreferenten bzw. des beamteten Denkmalreferenten und des politischen Denkmalreferenten in Erfüllung geht, nämlich in der Form, daß bis zum Jahr 1990 es wieder eine gemeinsame Fassadenaktion mit dem Schwerpunkt Steyrdorf und Wehrgraben geben wird. Regierungsrat Scheuer und meine Wenigkeit haben bei Bund und Land mehrfach vorgesprochen und es ist in sehr intensiven Gesprächen gelungen, zu einem Ergebnis zu kommen, so daß uns also hier von der gesamten Menge der Investitionen in altes Kulturgut nur ein Drittel der Kosten von der Stadt her beschwert, ein Drittel schießt das Land zu und ein Drittel schießt der Bund zu. Es wird damit gelingen, 124 Objekte innerhalb dieser genannten Förderungszeit, also bis zum Jahr 2000, fundamental zu revitalisieren bzw. jedenfalls Fassade und Dachlandschaft zu sanieren und wieder in ein denkmalgerechtes Erscheinungsbild zu bringen.
Die Abwicklung der Verhandlungen hat zu einer Aneinanderreihung von Anträgen geführt, die ich jetzt vorbringen muß, weil die Verhandlungen sich über das Jahr 1989 hinweggezogen haben. Ein Teil ohne Verhandlungsergebnis vorbeschlossen war und der Rest Ergänzungen bzw. Konsequenzen aus Nichtinangriffnahme von Maßnahmen darstellt.
Ich bitte den Vorsitzenden um die Vergünstigung, die einzelnen Amtsberichte auch nur kurz dargestellt darbieten zu dürfen..

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kein Einwand.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der erste betrifft die erste Hälfte der Maßnahmen zur Ortsbildpflege - Fassadenerneuerungsaktion 1988. Es wären zu diesem Zweck S 500.000 bei der Voranschlagsstelle, die im Antrag genannt ist, freizugeben und eine Kreditüberschreitung von S 670.000,- zu bewilligen. Die Deckung erfolgt sowohl durch Darlehensaufnahme als auch Rücklagenentnahme, wobei die Gegendeckung durch eingegangene Förderungen von Bund und Land größtenteils gegeben ist. Ich bitte um Annahme.

13) K-3300/89

Steyrdorf und Innerer Wehrgraben - Maßnahmen zur Ortsbildpflege; Fassadenerneuerungsaktion 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 12. 12. 1989 wird die grundsätzliche Zustimmung zum Abschluß eines Übereinkommens mit Bund und Land, betreffend die Durchführung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege - Fassadenerneuerung in den Bereichen Steyrdorf und Innerer Wehrgraben - wobei die insgesamt 124 Objekte in 12 Aktionsphasen bis zum Jahr 2000 bei einer Drittelkostenteilung erneuert werden sollen, erteilt.

Gleichzeitig wird der Mittelfreigabe für den bereits vollzogenen 1. Abschnitt der Fassadenaktion im Ausmaß von S 1.170.000,- zugestimmt, wobei je S 500.000 durch Zuschüsse des Bundes und des Landes abgedeckt sind.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 500.000,- (fünfhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/3630/778010.9 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 670.000,- (sechshundertsiebzigttausend)

bei der VA-Stelle 5/3630/778010.9 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das Ergebnis der Verhandlungen hat mit sich gebracht, daß ein 2. Abschnitt in der Fassaden-Erneuerungsaktion 1989 durchgeführt werden konnte und jetzt auch finanziert werden muß. Zu diesem Zweck werden Sie gebeten, nachstehenden Antrag zu beschließen:

14) K-3300/89

Steyrdorf und Innerer Wehrgraben; Fassadenerneuerungsaktion 1989; 2. Abschnitt; Einbeziehung von weiteren Objekten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 2. 1. 1990 wird im Zusammenhang mit der Fassadenerneuerungsaktion 1989, 2. Abschnitt, der Einbeziehung der im diesem Amtsbericht aufgezählten Objekte, wofür eine Subvention in der Höhe von S 331.000 gewährt wird, zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 331.000,- (dreihunderteinunddreißigttausend)

bei der VA-Stelle 5/3630/778010.9 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Zuschüsse von Bund und Land

zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen zu diesem Antrag? Es liegen keine vor. Gegen den Antrag oder Stimm-enthaltungen? Keine. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der nächste Antrag betrifft die Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1989 im Bereich Innere Stadt - Ennsdorf. Verschiedene Fassadenerneuerungen wurden hier durchgeführt. Eine Liste liegt den entsprechenden Anträgen bei, ich bitte, mir die Verlesung ersparen zu dürfen und ersuche um Annahme des entsprechenden Antrages.

15) K-24/89

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1989 - Innere Stadt - Ennsdorf; Fassadenerneuerungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 13. 12. 1989 wird im Zusammenhang mit der Durchführung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1989 - Fassadenerneuerungen im Bereich Innere Stadt - Ennsdorf - für die in der Anlage aufgezählten Objekte eine Subvention im Gesamtausmaß von S 784.000,- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 500.000,- (fünfhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/3630/778010.9 freigegeben sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 284.000,- (zweihundertvierundachtzigtausend)

von der VA-Stelle 5/3630/778000.1 auf die VA-Stelle 5/3630/778010.9 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VA-Stelle 5/3630/778000.1 zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Auch nicht der Fall. Gegenteilige Auffassungen? Etimmenthaltungen? Auch hier allgemeine Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Jetzt kommen wir zu dem Antrag, der die Grundlage ist zur Kreditübertragung, die wir soeben beschlossen haben. Zur Erhaltung der alten Dachlandschaften und zur Sicherung wertvoller Bausubstanz in Steyr bitte ich Sie, 525.000 Schilling freizugeben, wobei sich die Beträge aufteilen S 434.000 für die Dachsanierungsmaßnahmen und S 91.000,- für diverse Sicherungsmaßnahmen bzw. Vermessungsarbeiten als Grundlage zur Sicherung.

16) K-24/89

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1989; Erhaltung der alten Dachlandschaften und Sicherung wertvoller Bausubstanz in Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 13. 12. 1989 wird im Zusammenhang mit der Durchführung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1989 - Erhaltung der alten Dachlandschaften - für die in der Anlage aufgezählten Objekte eine Subvention in der Höhe von insgesamt S 434.000,- gewährt.

Gleichzeitig wird der Subventionierung von Maßnahmen zur Sicherung von wertvol-

ler Bausubstanz im Gesamtausmaß von S 91.000,- zugestimmt.
Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 525.000,- (fünfhundertfünfundzwanzigtausend)
werden bei der VA-Stelle 5/3630/778.000.0 freigegeben.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des
Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit
der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmig be-
schlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Auch die kirchlichen Ensembles, die einen wertvollen Bestandteil unserer altehr-
würdigen Stadt Steyr bilden, werden weiterhin gefördert. Am Sonntag habe ich die
Gelegenheit gehabt, in Vertretung des Bürgermeisters dem Bischof der Diözese
Linz auch die umfassenden Förderungsmaßnahmen der Stadt vor Augen zu führen. Der
Herr Bischof hat mich beauftragt, das heißt er hat mich gebeten, im Auftrag des
Bürgermeisters auch den Dank der Diözese entgegen zu nehmen und auch dem Gemein-
derat darüber zu berichten.

Für die kirchlichen Ensembles und deren Instandsetzung beim Schwerpunkt Stadt-
pfarrkirche, wo die Stadt Steyr in außerordentliche Vorlage getreten ist, wird
gebeten, für das Jahr 1989 noch S 350.000,- freizugeben. Bei diesem Antrag möch-
te ich gleichzeitig hinzufügen, daß gerade durch die ständige Vorlage der Stadt
viele Restaurierungsmaßnahmen im kirchlichen Bereich ermöglicht wurden und erst
durch die Vorlage der Stadt, am Beispiel Michaelerkirche, z. B. das Restaurierungs-
vorhaben in vollem Umfang aufgenommen werden konnte. Als Referent für Denkmal
schutz sage ich dafür dem Gemeinderat für die großzügigen Freigaben danke.
Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

17) Ha-3203/86

Instandhaltung der kirchlichen Ensembles in
Steyr - Stadtpfarrkirche Außenrestaurierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 14. 12. 1989 wird im Zusammenhang mit
der Außenrestaurierung der Stadtpfarrkirche für das Jahr 1989 eine Subvention
in Höhe von S 350.000,- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 350.000,- (dreihundertfünzigtausend)

werden bei der VA-Stelle 5/3630/777100.9 freigegeben.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des
Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermäch-
tigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Der
Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Um die Auftragsvolumina bzw. die Förderungsvolumina in Steyrdorf tatsächlich
trotz Wegfall von anderen Objekten vollkommen förderungsgerecht darzustellen,
war es auch möglich, die Außenrestaurierung der Kirche St. Anna und des Pfarr-
hauses St. Anna heranzuziehen. Dieses Vorhaben soll mit S 112.200 von der Stadt

gefördert werden und ich bitte Sie, den entsprechenden Betrag freizugeben.

18) Ha-313/89

Kirchliche Ensembles in Steyr; Expositur
St. Anna - Kirche und Pfarrhaus; Außenrestaurierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 28. 12. 1989 wird im Zusammenhang mit der Außenrestaurierung an Kirche und Pfarrhaus zur Expositur St. Anna ein Zuschuß in Höhe von S 112.200,- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 112.200,- (einhundertzwölftausendzweihundert)

werden bei der VA-Stelle 5/3630/777100.9 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Keine Wortmeldung. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Auch einstimmig beschlossen. Ich danke für die Berichte. Kollege Pimsl ist der nächste Berichterstatter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Mit Beschluß des Gemeinderates vom 7. 2. 1985 wurden die Richtlinien für die Förderung von Lärmschutzmaßnahmen in Steyr festgelegt. Aufgrund der ständigen Änderung des Standes der Technik wurde seitens der MA I eine Überprüfung dieser Richtlinie vorgenommen worden und es wurde dabei folgende Feststellung getroffen. Der festgelegte Grenzwert von 65 dB stellt einen sehr hoch angesetzten aber durchaus üblichen Wert dar. Jedoch erscheint es für die Bewertung einer Lärmsituation nicht alleine ausreichend, sondern soll eine Bewertung der Lärmsituation gemeinsam durch den amtsärztlichen Sachverständigen und dem Sachverständigen für Maschinenbau gemäß der ÖAL-Richtlinien durchgeführt werden. Dabei kann die Zumutbarkeit oder Unzumutbarkeit einer Lärmbelastigung ermittelt werden. Dazu müßte jedoch der Paragraph 1 Abs. 2 der zitierten Richtlinien abgeändert werden und müßte wie folgt lauten:

"Gefördert werden Schallschutzmaßnahmen für Wohnungen bzw. Wohnhäuser, die aufgrund eines herrschenden gem. Richtlinie Nr. 3 des österr. Arbeitsringes für Lärmbekämpfung, 5. Ausgabe/Dezember 1986, ermittelten Bewertungspegels einer unzumutbaren Lärmbelastigung ausgesetzt sind."

Dieser Verordnungsentwurf wurde in der gemeinsamen Sitzung des gemeinderätlichen Ausschusses für Umweltschutz und Umweltbeirat am 25. 10. 1989 behandelt und dabei weinhellig die Meinung vertreten, daß diese Änderung durchgeführt werden soll.

Ich bitte Sie daher um Zustimmung zur Änderung dieser Richtlinie.

19) Ges-820/79

Verordnung betreffend den Schutz der
Bevölkerung vor störendem Lärm - Novellierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA I vom 20. 11. 1989 sowie des Berichtes der Magistratsdirektion vom 13. 12. 1989 wird die beiliegende Änderung der Richtlinien für die Förderung von Lärmschutzmaßnahmen in Steyr hiemit genehmigt.

Diese Verordnung ist im Amtsblatt der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit Ablauf des Tages, an dem das Stück des Amtsblattes, das die Kundmachung enthält, herausgegeben und versendet wird, in Kraft. (BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jeman dzu sprechen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag beitreten? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT RIDOLF PIMSL:

Mein zweiter Antrag behandelt eine Änderung bzw. die Errichtung von Grundwasserbeobachtungssonden und eines Sickerwasserbrunnens samt den erforderlichen Leitungen und dazu die elektrotechnische Ausrüstung.

Es geht um folgendes, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Mit Bescheid Wa-1048/1989 vom 8. Juni 1989 wurde die Mülldeponie der Stadt Steyr wasserrechtlich überprüft. Dabei wurde für den Weiterbetrieb der Deponie die Errichtung von zwei Sickerwasserbrunnen und von 2 Grundwassersonden vorgeschrieben. Die Brunnen dienen zur Sickerwasserabsenkung innerhalb der Schmalwand und die Sonden für die Beobachtung des Grundwasserspiegels innerhalb und außerhalb der Schmalwand bzw. zum Nachweis des wasserrechtlich vorgeschriebenen Grundwassergefälles von außen nach innen. In Erfüllung dieses Auflagepunktes wurde der Projektant, das Ing.-Büro Flögl, beauftragt, die Projektierung und Erstellung des Leistungsverzeichnisses durchzuführen. Es ergeben sich damit folgende Anträge :

20) Bau6-1782/76

Mülldeponie der Stadt Steyr;

A) Errichtung von je zwei Grundwasserbeobachtungssonden und Sickerwasserbrunnen samt erforderlichen Leitungen.

B) Elektrotechnische Ausrüstung; Auftragserteilung und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 22. 12. 1989 werden im Zusammenhang mit der Errichtung von je 2 Grundwasserbeobachtungssonden und Sickerwasserbrunnen bei der städtischen Mülldeponie folgende Aufträge vergeben:

1. Erd-, Brunnenbau-, Rohrverlegungs- und maschinelle Austrüstungsarbeiten:

an die Firma Braumann zum Preise von S 1.051.400,- exkl. USt.

2. Lieferung und Montage der elektrotechnischen Ausrüstung: an die Firma Spitzwieser zum Preise von S 468.300,- exkl. USt.

3. Für Nebenleistungen (Zaunabbau bzw. Wiedherstellung, Schotterlieferungen): zum Preise von S 30.000,- exkl. USt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1.000.000,-- (eine Million)

bei der VA-Stelle 5/8130/050440.3 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 549.700,- (fünfhundertneunundvierzigtausendsiebenhundert)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke, Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke für die Berichte. Kollege Sablik ist der nächste Berichterstatter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen zwei Anträge vorzulegen. Der erste Antrag behandelt die Restbe-

zahlung der Pflasterung Stadtplatz, Enge Gasse, Eisengasse und Zugang Ratsherrnkeller.

21) Bau3-1163/88

Pflasterung Stadtplatz, Enge Gasse, Eisengasse
und Zugang Ratsherrnkeller; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschlüssen vom 8. 9. 1988, 20. 10. 1988, 18. 5. 1988 und 29. 6. 1989 wurde der Auftrag zur Pflasterung der Gehsteige am Stadtplatz, Enge Gasse, Eisengasse und Zugang Ratsherrnkeller zu Gesamtkosten von S 8.589.339,86 an die Firma Asphalt und Beton Steyr übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 27. 12. 1989 wird nunmehr der Ausbezahlung des noch offenen Betrages in der Höhe von S 1.251.167 zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 87.000,- (siebenundachtzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002610.3 und

S 812.000,- (achthundertzwölftausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002710.1 freigegeben sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 353.000,- (dreihundertdreißigtausend)

von der VA-Stelle 5/6120/002650.9 auf die VA-Stelle 5/6120/002610.3 bewilligt.

Die Deckung der Kreditübertragung hat durch die VA-Stelle 5/6120/002650.9 zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu? Keine. Gegenteilige Meinungen oder Stimmenthaltungen?

Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der zweite Antrag betrifft eine Kreditübertragung aus dem Titel Straßenreinigung für Aufwendungen der Instandhaltung von Straßenbauten durch den Städt. Wirtschaftshof.

22) ÖAG-516/90

Städt. Wi-Hof

Städtischer Wirtschaftshof; Antrag auf Kreditübertragung im Zusammenhang mit der Durchführung von Mehrleistungen für die Instandhaltung von Straßenbauten und der Minderaufwendungen für die Straßenreinigung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Städt. Wirtschaftshofes vom 16. 1. 1990 wird im Zusammenhang mit der Durchführung von Mehrleistungen für die Instandhaltung von Straßenbauten und der Minderaufwendungen für die Straßenreinigung (Winter- bzw. Sommerdienst) im Jahr 1989 durch den Wirtschaftshof der Stadt Steyr einer Kreditübertragung in Höhe von S 560.000,- zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird einer Kreditübertragung im Ausmaß von

S 560.000,- (fünfhundertsechzigtausend)

bei der VA-Stelle 1/8140/729010.3 auf die VA-Stelle 1/6120/611100.7 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VA-Stelle 1/8140/729010.3 zu

erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Keine. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Sablik, nächster Berichterstatter ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bei meinem ersten Antrag geht es um die Kanalisation Schlüsselhofsiedlung - Ansuchen um zusätzliche Mittelfreigabe für den NK S - Gürtlerstraße im Zuge der Errichtung der Kanalisation Schlüsselhofsiedlung.

23) Bau6-6481/87

Kanalisation Schlüsselhofsiedlung - Ansuchen um zusätzliche Mittelfreigabe für den NK S - Gürtlerstraße im Zuge der Errichtung der Kanalisation Schlüsselhofsiedlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 23. 11. 1989 wurde der Auftrag zur Errichtung des Nebenkanales Gürtlerstraße an die Fa. Lumetsberger KG, Perg, zum Preise von S 2.660.068,50 exkl. MWSt. übertragen. Die Mittelfreigabe bleibt einer gesonderten Beschlußfassung vorbehalten.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 6. 12. 1989 wird nunmehr nach Vorliegen der Rechnungen der Mittelfreigabe für den 1. Bauabschnitt in der Höhe von S 401.000,- zugestimmt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 401.000,- (vierhunderteintausend)

werden bei der VA-Stelle 5/8110/050390.2 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag behandelt eine Straßenbenennung im Bereich der ATV-Gründe.

24) Ges-15/89

Franz Enge; Straßenbenennung im Bereich der ATV-Gründe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA XI vom 28. Dezember 1989 erhält der Straßenzug im Bereich der ATV-Gründe, im Lageplan des Stadtbauamtes orangebraun lasiert ausgewiesen, die Bezeichnung Franz Enge-Straße.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Wenn wir heute nach Franz Enge eine Straße im Bereich Fachschulstraße in Richtung Schlüsselhofgasse benennen, dann ehren wir mit diesem Akt zugleich in unserer Stadt eine große Arbeitertradition. Obwohl Franz Enge in Weyer geboren wurde, verlebte er bereits die entscheidenden Jugendjahre in unserer Stadt und ist dadurch ein echter Sohn der Eisenstadt Steyr geworden. Dies drückt sich auch in seinem Beruf, möchte ich sagen, aus. 1927 trat er als Maschenschlosser-Lehrling in die Lehrwerkstätte der Steyr-Werke ein und wurde bereits im 2. Lehrjahr stehend zum Vertrauensmann gewählt. Die Steyr-Werke waren damals noch Herzstück der österreichischen Arbeiterbewegung. Franz Enge war schon früh in seiner Jugend politisch tätig und verteidigte mit der Waffe in der Hand bei den Februarkämpfen 1934 die letzten Reste der österreichischen Demokratie. Nach der Niederschlagung der Arbeiterschaft durch die sogenannte christliche Dörfel-Regierung war Franz Enge vom 13. Februar bis 4. Mai 1934 in Steyr in Polizeihaft und wurde nach im gleichen Jahr 4 Monate in das berüchtigte KZ, in das Anhaltelager nach Wöllersdorf verbracht. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges war Enge als Mann der ersten Stunde beim Aufbau der demokratischen Jugendorganisation, der freien österreichischen Jugend und der Stadtverwaltung in Steyr sowie beim Aufbau der Steyr-Werke maßgeblich beteiligt. Ich selbst habe ja zu jener Zeit gemeinsam mit Franz Enge als leitender Funktionär der neuen demokratischen Jugendorganisation gewirkt. Erwähnen möchte ich auch dabei, daß bereits am 16. Juni 1945 ein Exekutivkomitee der Antifaschisten in Steyr stattfand, bei dem unter den Sozialdemokraten und Kommunisten ein großer Optimismus herrschte und trotz aller Schwierigkeiten wurde eine politische Leitung für die Stadt Steyr, für Steyr-West, gewählt. Darunter war bereits neben Alois Hölbling und auch Josef Fellingner, Leo Linsenmayr und Josef Pöschl natürlich auch unser Franz Enge. Enge gehörte auch zu jenen mutigen Männern in unserer Stadt, die maßgeblich möchte ich sagen am Aufbau der demokratischen Stadtverwaltung nach der Zerschlagung des Faschismus und der Befreiung unseres Landes mitgewirkt haben. In den darauffolgenden Jahren war er Berufsberater im Arbeitsamt Steyr und politisch als aufrechter sozialistischer Funktionär über 20 Jahre Stadtrat der Stadt Steyr. 12 Jahre vertrat er die Werktätigen der Region Steyr im Nationalrat, 8 Jahre im oberösterreichischen Landtag, 6 Jahre war Enge Mitglied der Oö. Landesregierung. In die Amtszeit Franz Enges fällt auch der Ausbau der Hohen Dirn zu einem sehr beliebten Schizentrum in unserer Region. Durch seinen persönlichen Einsatz und sein Engagement hat er sich damit sicherlich ein Denkmal unter den Sportlern und vor allem unter den jungen Menschen geschaffen.

In Anerkennung seiner verdienstvollen Tätigkeit verlieh ihm der Gemeinderat der Stadt Steyr im Jahre 1973 die Ehrenbürgerwürde unserer Stadt. Franz Enge hat über 2 Jahrzehnte als Kommunalpolitiker unserer Stadt gewirkt und viele kommunale Fortschritte sind mit seinem Namen eng verbunden. Daher stimme ich selbstverständlich dieser Straßenbenennung zu.

GEMEINDERAT HERMANN BACHNER VERLÄSST UM 16 UHR DIE SITZUNG.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort Das ist nicht der Fall. Wünscht der Bericht-erstatte ein Schlußwort? Er verzichtet auf das Schlußwort. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke, ist jemand gegen den Antrag?

Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag beinhaltet wieder eine Straßenbenennung im Bereich der Schladergründe.

25) Ges-15/89

Dora Dunkl; Straßenbenennung im Bereich
des Bebauungsplanes "Schladergründe".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 28. Dezember 1989 erhält die Stichstraße im Bereich der "Schladergründe", im Lageplan des Stadtbauamtes rotbraun lasiert ausgewiesen, die Bezeichnung "Dora Dunkl-Straße".

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Kollege Tremel bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Laut Antrag wird die neue Straße von der Friedhofstraße ausgehend nach Norden nach der Heimatdichterin Frau Dora Dunkl benannt. Die KPÖ-Fraktion wird dieser Straßenbenennung im Bereich der Schladergründe zustimmen, denn Frau Dora Dunkl war nicht nur ein fester Bestandteil des Steyrer Kulturlebens. Sie hat sich auch bei der Förderung junger und zeitgenössischer Talente große Verdienste erworben. In ihren Programmen auf dem Gebiet der Volksbildungsarbeit praktizierte sie eine große Breite, von der Klassik bis zur Moderne, unter Einschluß auch der Dritten Welt. Auch in der Kulturpolitik sprach sie sich stets für Offenheit nach allen Seiten hin aus. Obwohl nach ihrer Herkunft und Lebensstellung durchaus dem konservativen Lager angehörend, hat sie doch auch ein feines Gespür für die Dichtung und das Leid der verfolgten Protestanten in den Zeiten der Gegenreformation. Sie erkannte auch die hohe dichterische Qualität der Briefe Rosa Luxemburgs aus dem Gefängnis und baute diese Poesie auch in ihre Vorträge ein. Nicht zuletzt glaube ich ist es Dora Dunkl auch zu danken, daß der schöne Dunkl-Renaissancehof für kulturelle Veranstaltungen stimmungsvoll für unsere Kulturwelt in der Stadt genutzt werden konnte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 24 "Hausleiten".

26) Bau2-4180/88

Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 24 - "Hausleiten".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Einleitung der Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 42 - Hausleiten - wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 12. Jänner 1990 und entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 17. April 1990 beschlossen.

Ich darf auch um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Fragen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Auch hier Einstimmigkeit.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Im nächsten Antrag geht es wieder um eine Flächenwidmungsplanänderung Nr. 67 - Stelzhamerstraße.

27) Bau2-819/89

Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 67 - Stelzhamerstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Einleitung des Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahrens Nr. 67 - Stelzhamerstraße - wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 8. Jänner 1990 und entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 12. Dezember 1988 beschlossen.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Keine. Gegenteilige Auffassungen? Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das Betriebsgelände Reithoffer soll von Betriebsbaugebiet in gemischtes Baugebiet bzw. Wohngebiet umgewidmet werden.

28) Bau2-820/89

Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 68 - Reithoffer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Einleitung des Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahrens Nr. 68 - Reithoffer - wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 4. Jänner 1989 und entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 12. Dezember 1988 beschlossen.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, diese Flächenwidmungsänderung Nr. 68 des Reithoffer-Areals ist notwendig, um auch unserer Vorstellung als Gemeinderat gerecht zu werden. Durch den Ankauf, an dem auch die Gemeinde nach wie vor Interesse hätte, soll gleichzeitig auch damit die Spekulationsabsicht der Steyr-Daimler-Puch AG verhindert werden und eben dadurch die kommunale Nutzung, wie Wohnverbauung und Errichtung von Gewerbebetrieben, gesichert werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Es geht hier um die Einleitung eines Verfahrens.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich habe dazu keine Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der letzte Antrag beinhaltet auch wieder eine Flächenwidmungsplan-Änderung.

29) Bau2-2866/88

Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 69 - Gebeshuber.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Einleitung des Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahrens Nr. 69 - Gebeshuber - wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 8. Jänner 1990 und entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 18. Jänner 1989 beschlossen.

Auch hier darf ich um Annahme des Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenteilige Auffassung? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Schloßgangl für die Berichte. Kollege Steinmaßl ist der letzte Berichterstatter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine werten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen heute zwei Anträge des Stadtsenates vortragen. Beim ersten handelt es sich um eine Akontozahlung der Verlustersätze für die Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

30) ÖAG-6792/89

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr - Teilbetriebe Stadtbad und

Kunsteisbahn; Verlustersätze 1989 - Akontozahlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 18. 10. 1989 sowie des Berichtes des Kontrollamtes vom 30. 10. 1989 wird der Ausbezahlung einer Akontozahlung für die von der Stadt Steyr zu leistenden Verlustersätze für die Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn für das Jahr 1989 im Ausmaß von S 5.500.000,- zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von

S 5.500.000,- (fünf Millionen fünfhunderttausend)

werden bei der VA-Stelle 1/8790/759200.5 für das Rechnungsjahr 1990 freigegeben.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte zur Problematik Kunsteisbahn einige Worte sagen. Laut der vorläufigen Jahresabrechnung für das vergangene Jahr 1989 wird der Verlust dieses Teilbetrie-

bes Kunsteisbahn 1,120.000 Schilling betragen. Wie Sie alle wissen, ist unsere Kunsteisbahn sehr beliebt und daher auch sehr stark frequentiert. Auch die Eishockeymannschaft zieht ja viele Menschen an aus der Umgebung und auch aus vielen Bereichen unseres Landes. Daher glaube ich, daß eine lange Forderung von mir und in der letzten Zeit auch von vielen hunderten Sportlern und Sportbegeisterten nach einer Überdachung der Kunsteisbahn von der heutigen Sicht voll berechtigt ist. Dadurch könnte die Eislaufsaison ausgedehnt werden. Es würden sie natürlich dadurch mehr benützen und wahrscheinlich auch das jährliche Defizit sogar etwas reduziert werden. Man soll daher ernstliche Überlegungen für eine Überdachung unserer Kunsteisbahn anstreben. Der beantragten Akonto-Zahlung in der Höhe von 5,5 Millionen Schilling für die Verluste 1989 für das Stadtbad und für die Kunsteisbahn gebe ich selbstverständlich die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Darf ich eine ganz kurze Erklärung hier abgeben zur Überdachung. Wir haben hier Prioritäten auf dem Gebiet des Sportstättenbaues zu beachten und ich möchte dem Gemeinderat mitteilen, - die Einladung wird erst ergehen, darf aber jetzt schon um Vormerkung dieses Termines bitten - daß am 15. Februar um 15 Uhr eine Informationssitzung des Gemeinderates stattfinden wird über ein Konzept, das die Umgestaltung des Hallenbades beinhaltet. Es wird ein Konzept vorgestellt von der Fa. Berndorf-Bäderbau zur Umgestaltung des Bades. Ich darf alle Mitglieder des Gemeinderates einladen, an dieser Sitzung teilzunehmen. Zur Überdachung möchte ich sagen, wir haben eine wesentliche Verbesserung heuer schon erreicht, wir haben ja in der heutigen Sitzung mehr als 1 Million Schilling für den Garderobenneubau beschlossen und es ist genau zu prüfen und zu untersuchen, in welcher Form so etwas geschehen könnte. Es wurde ein Vorschlag ausgearbeitet kostenlos von einem Interessenten. Es ist vorgesehen, daß die Kunsteisbahn Zell am See als Beispiel angesehen werden kann. Ich verschließe mich nicht einer Besichtigung und einer Diskussion, aber es ist auch eine Frage der Finanzierung letztlich. Das gehört eingehend geprüft. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer für diesen Antrag ist? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bei meinem zweiten Antrag geht es um die Genehmigung einer Kapitaleinlage für die Stadtwerke für 1990. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

31) ÖAG-57/90

Stadtwerke

Städt. Verkehrsbetrieb, städt. Gaswerk; Kapitaleinlage für 1990.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Überweisung einer Kapitaleinlage für das Jahr 1990 an die Stadtwerke Steyr in der Höhe von 9 Millionen Schilling wird zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von

S 9.000.000,- (neun Millionen)

werden bei der VA-Stelle 5/8790/779000.6 freigegeben.

Ich ersuche auch um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Namens der ÖVP-Fraktion, werte Kolleginnen und Kollegen, erkläre ich die Zustimmung zum vorliegenden Antrag, was aber nicht bedeutet, daß die Einwände, die ich für meine Fraktion in der Budgetsitzung erhoben habe, damit auch erledigt wären. Im Gegenteil! Es ist wirklich noch sehr sehr viel zu tun und ich warte sehr interessiert auf die Einladung zu Gesprächen. Das Thema ist mit einmal Schimpfen sicher nicht erledigt und es ist sicher auch nicht damit erledigt, daß man da einer Kapitaleinlage in das kapitalnotleidende Unternehmen zustimmt. Es gibt noch viel zu tun, es gibt noch viel zu verbessern. Ich glaube, es wäre höchste Zeit, daß wir das angehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Gemeinderat Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Nur eine kurze Bemerkung dazu. Der Kapitaleinlage in der Höhe von 9 Millionen Schilling werde ich selbstverständlich die Zustimmung geben, vertrete aber nach wie vor die Auffassung, daß in Zukunft eine Direktförderung der städtischen Verkehrsbetriebe von der Stadt Steyr erfolgen soll, wie man das bei anderen Betrieben auch ganz großzügig macht. Man soll zumindest einmal den eigenen Betrieb fördern, denn Verkehrsbetriebe können nicht kostendeckend geführt werden, da wir auch bestimmte Auflagen in dieser Richtung geben, daß sie attraktiver werden, daß der Individualverkehr zurückgedrängt wird und natürlich auch die Umweltbelastung damit beseitigt werden kann. Ich glaube auch, daß - ich könnte jetzt den Vorschlag noch einmal wiederholen, - wir Finanzmittel zur Verfügung hätten, und zwar zu wenig von Land und Bund, diese sind ja sehr gering, die unsere Verkehrsbetriebe aus der Verkehrsmilliarde bekommen. Aber ich glaube, daß man die Gelder, die von den Verkehrssündern aufgebracht werden, durch die Strafen, die verhängt werden, und die im letzten Jahr immerhin - unser Finanzchef lacht schon wieder, er hat ja 15 Millionen Schilling schon in Aussicht. Zumindest ein Großteil dieser 15 Millionen Schilling fließt in die Steyrer Stadtkasse. Daraus könnte ich mir vorstellen, daß zumindest die Hälfte oder ein Großteil dieser 15 Millionen zur Verfügung gestellt wird für unsere Verkehrsbetriebe. Nicht als Verlustabdeckung, sondern daß man sie attraktiver machen könnte. Die Vorschläge dazu möchte ich heute nicht wiederholen, die haben wir ja bei der Budgetdebatte ausführlich dargelegt. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Zu Deinen Ausführungen, Herr Vizebürgermeister, kann ich nur eines sagen, ich bin als Referent nicht der zuständige Mann, der solche Gespräche einleiten soll. Ich muß den Herrn Bürgermeister ersuchen, das bei passender Gelegenheit zu tun.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist keine Frage.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Steinmaßl für seine Berichte.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt und kommen nunmehr zur Aktuellen Stunde. Wie schon angekündigt, hat die sozialistische Fraktion mir mitgeteilt, daß der Problembereich Steyr-Werke angezogen wird. Kollegen Leithenmayr bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, der Arbeitskonflikt in den Steyr-Werken, der sich vorige Woche abgespielt hat, ist Gegenstand gewesen für viele Diskussionen in der Stadt. Es hat sich auch die Stadt selbst zu Wort gemeldet, Bürgermeister Schwarz hat das bereits am Beginn in seinen Mitteilungen gebracht, es war eine Resolution in Vorbereitung und es ist auch selbstverständlich, wenn man bedenkt, daß immerhin in den Werken in Steyr, wie sie nun immer heißen, rund 4.600 Beschäftigte tätig sind. Diese Werke sind noch immer weitaus der größte Arbeitgeber und abhängig davon die Kaufkraft in unserer Region und von größter Bedeutung für unsere Stadt sich gestaltet. Ich möchte bemerken, daß wir mit Freude festgestellt haben, daß sich die Stadt hinter die Belegschaftsvertretung und die Belegschaften gestellt hat und sich auch mit den Zielen identifiziert hat. Ich möchte bemerken, meine Damen und Herren, daß für die Mitglieder des Aufsichtsrates der Steyr-Daimler-Puch AG und für den Vorstand dieser Arbeitskonflikt nicht so überraschend gekommen ist, wie das manchmal von dieser Seite zum Ausdruck gebracht wurde, weil wir alle Konfliktpotentiale, um die es jetzt gegangen ist in diesem Arbeitskampf, wiederholt in Aufsichtsratssitzungen angesprochen haben, und zwar Kollege Pimsl, Kollege Tatzreiter und meine Person. Es ist auch so, daß es einen Vorläufer gegeben hat zu diesem Arbeitskampf, einen Warnstreik am 8. Jänner im Werkzeugbau, wo es den Kollegen darum gegangen ist, hier ihre Zukunft, ihre Existenz zu sichern. Wobei es uns dort nicht um die etwa 150 Arbeitsplätze gegangen ist, sondern um die strategische Position, die ein Werkzeugbau für ein Unternehmen oder für die Nachfolgegesellschaften der Steyr-Daimler-Puch AG hat. Hier geht es um die Qualität, die uns ausmacht, die uns immer ausgemacht hat und die wir auch für die Zukunft benötigen, wenn wir Produktgenerationen mit der gebotenen Qualität auch wiederum zustande bringen sollen.

Auslöser für den Konflikt war aber die überraschend uns zugemittelte Kündigungsliste, und nicht nur die Liste an sich, sondern die Struktur dieser Liste. Erstens keine Begründung in Form von Arbeitsmangel, wie das bei vorausgegangenen Kündigungen und Personalabbau der Fall war, sondern nur eine lapidare Feststellung, daß sich das Unternehmen gezwungen sieht, Kündigungen auszusprechen. Auf dieser Liste waren halt dann, wie berichtet, die Alten, die Invaliden, die Schwerstkranken, die frei gewählten Vertreter der Belegschaft und auch Gemeinderäte aus unserem Kreis hier. Wir haben uns beraten und haben einstimmige Beschlüsse gefaßt im Arbeiterbetriebsrat. Zu Beginn, als wir diese Beschlüsse beraten und gefaßt haben war bereits hier die Zentralstelle unserer Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie mit integriert und der Zentralsekretär Riepl, ein Kollege, der auf dem Gebiet sehr viel Erfahrung hat, aus Wien war hier zugegen. Es hat uns auch gefreut, daß sich sofort die Angestellten-Betriebsräte mit diesen Zielen und mit dieser Beschlußfassung solidarisiert haben. Wir haben beschlossen, nicht nur diese Liste zu beeinspruchen, wie es das Arbeitsverfassungsgesetz vorsieht, sondern in Anbetracht dieser Provokation, die damit zum Ausdruck gebracht wurde, daß wir hier Kampfmaßnahmen ins Auge fassen. Wir haben das seit langer Zeit nicht getan. Wir haben mit Punktstreiks am Montag, 22. Jänner, 9 Uhr, nach einer Betriebsvollversammlung mit den Belegschaftsmitgliedern eingesetzt. Es waren zu Beginn 177 direkt streikende Kollegen, diese Zahl wurde im Laufe von drei Tagen auf 309 direkt Streikende erhöht. Indirekt waren als Auswirkung dieses Streiks rund 700 Kolleginnen und Kollegen betroffen. Der gesamte Arbeitskampf hat eine Woche gedauert und ist am Freitag am Abend zu Ende gegangen bei einem Gipfelgespräch, bei einer Schlußverhandlung in der CA im Beisein des Vorsitzenden der Gewerkschaft Metall/Bergbau/Energie Nürnberger, aber auch von der GPA war der Präsident Freyschlag anwesend. Selbstverständlich waren auch die Kollegen Pimsl und Tatzreiter sowie meine Person bei dieser Verhandlung zugegen. Nach wirklich nicht einfachen Verhandlungen, die 7 Stunden gedauert haben, und unter einem

enormen Druck durch die Ereignisse, die hier in Steyr stattgefunden haben, wurde ein Einvernehmen erzielt zwischen den Parteien und es wurde ein Protokoll verfaßt, welches jetzt von mir zur Verlesung gebracht wird, damit sich keine Legenden bilden und hier die Interpretation dieses Ergebnisses vielleicht etwas einfacher wird auch in der Öffentlichkeit. In diesem Protokoll heißt es:

1. Die Kündigungsliste wird zurückgezogen. Zwischen dem Vorstand und dem Betriebsrat werden unverzüglich Verhandlungen über die aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten erforderlichen Maßnahmen aufgenommen. Dazu gehört ua. auch die Erstellung eines Sozialplanes.

Erläutern möchte ich, meine Damen und Herren, daß keine Kündigungen geplant sind, daß wir auch nicht über Namen auf dieser Kündigungsliste, wie das schon wieder in Zeitungen gestanden ist, diskutieren.

2. Die Steyr-Daimler-Puch AG erarbeitet zur Zeit im Zusammenhang mit der Neustrukturierung ihres Werkes in Steyr einen umfassenden Investitionsplan. Dieser wird voraussichtlich Investitionen in Höhe von ca. 700 Mill. S beinhalten und dem Aufsichtsrat im März 1990 zur Genehmigung vorgelegt werden. In der neu einzurichtenden Fabrik sollen Traktorentriebwerke, Verteilergetriebe für Lkw und andere Fahrzeugkomponenten hergestellt werden.

Darüber hinaus soll auch der an einen anderen Standort in Steyr zu verlagernde und den zukünftigen Erfordernissen anzupassende Werkzeugbau durch Investitionen modernisiert werden. Die entsprechende Planung wird unverzüglich in Angriff genommen. Sollte die Stückzahl der verkauften M 1-Motoren die Einrichtung einer eigenen mechanischen Fertigung notwendig werden lassen, so wird diese im Werk Steyr erfolgen.

3. Montag früh wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Ich darf sagen, daß wir uns darauf geeinigt haben, daß alle Anwesenden dieses Protokoll unterschrieben haben, der Konflikt ist beigelegt worden und es ist auch so, daß am Montag sofort nach Betriebsversammlungen - wie die Auseinandersetzung begonnen hat, wurde sie auch beendet - die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Ich zweifle nicht daran, daß es in kurzer Zeit möglich sein wird, allfällige Produktionsausfälle wieder hereinzubringen, so daß hier ein Schaden auf den Märkten aus meiner Sicht jedenfalls ausgeschlossen werden kann.

Um hier zu den Interpretationen noch etwas zu sagen. Es ist hier von links bis rechts jede Interpretation zu hören, die einen sagen, der Streik war nicht sinnvoll, er hätte nur der Profilierung einiger Personen gedient. Persönlich kann ich mir nicht vorstellen, daß hier die größten Gewerkschaften des Landes, wie die Gewerkschaft Metall/Bergbau/Energie und die Gewerkschaft der Privatangestellten bis hin zum Gewerkschaftspräsidenten, sich mit uns solidarisieren, wenn sich nur einige Leute hätten profilieren wollen. Es ist auch so, daß andere sagen, das sind die extrem anderen, man hätte viel früher hier den Streik ausrufen müssen und man hätte den Arbeitskampf schon viel früher einleiten sollen. Man kann natürlich verschiedener Ansicht sein und ich möchte hier doch sagen, daß ich glaube, daß das Ergebnis zählt. Die Kündigungsliste, die sehr unsozial war in ihrer Struktur, wurde zurückgezogen. Es bleibt der Werkzeugbau in Steyr erhalten und damit auch eine qualitative Zukunft für unsere zukünftigen Produktgenerationen. Wir werden 700 Millionen Schilling Investitionen im März beschließen und wir haben zumindest die Option, wenn dieser M 1-Motor tatsächlich aus der Kleinserienproduktion in eine Großserienproduktion geht, wenn also dieser Motor nicht nur in der Marine zur Verwendung für Bootsmotoren Fuß fassen kann, sondern auch in Pkws eingebaut wird, was wir uns wünschen, dann wird es auch wirtschaftlich interessant sein, eine Motorteile-Produktion zu errichten, welche jetzt vereinbarungsgemäß in Steyr stattfinden wird.

Wir haben als Belegschaften viele Opfer bringen müssen aufgrund der wirtschaftlichen Situation. Ich verweise darauf, daß wir verzichtet haben auf Lohn-

erhöhungen, also KV-Lohnrunden, ein eigener Kollektivvertrag ist abgeschlossen worden für die Steyr-Daimler-Puch AG. Das trifft für die Gehälter genau so zu. Wir haben viele unserer Sozialleistungen abgeben müssen, wir haben Sonderschichten gemacht, meine Damen und Herren. 6 Samstage ohne Überstunden haben wir gemacht, das gehört in diesem Zusammenhang auch gesagt, damit hier die Dinge im Lot bleiben. Wir haben die Umstrukturierung mitgetragen hier vor Ort in Steyr, was alles andere als populär gewesen ist. Wenn ich an die Auseinandersetzungen und auch an die Berichterstattung und auch an die Diskussionen hier im Gemeinderat erinnern darf. Gestern, meine Damen und Herren, war der Neujahrsempfang der neuen Steyr-Nutzfahrzeug AG. Der Herr Bürgermeister, der Herr Magistratsdirektor, der Herr Vizebürgermeister Holub waren bei diesem Neujahrsempfang anwesend, es waren die Behördenleiter und viele Honoratioren aus Steyr und Umgebung geladen und haben dort gehört, was die Vorstandsriege zum Ausdruck gebracht hat. Sie haben uns sicherlich klar gemacht, daß hier eigentlich eine neue Situation, ein neuer Beginn vorhanden ist und daß hier Optionen vorliegen von diesem Unternehmen, und daß hier geplant ist, eine große Anzahl von Lkws in Zukunft zu produzieren. Wir haben gehört, daß 2.600 Beschäftigte nahezu übernommen wurden. Das ist viel mehr als ursprünglich geplant und wir sind sehr froh darüber. Wir haben gehört, daß statt einer Milliarde Schilling Investitionen jetzt schon von 1,4 Milliarden Schilling Investitionen geredet wird. Wir haben gehört, daß 10.000 Fahrerhäuser in Steyr erzeugt werden sollen, etwa 5.000 Lkws ausmontiert werden sollen. Daß 33.000 Achsen gebaut werden sollen und daß weiter Steyr-Lkw für die Schwerpunktmärkte, wie China, Saudiarabien, die Schweiz und natürlich auch den österreichischen Markt erzeugt und vertrieben werden sollen. Das ist hier der wesentliche Unterschied gewesen, den wir jetzt haben. Wir haben im Vergleich zu vorher, wo Unsicherheit geherrscht hat, wo die Köpfe in Wien nur mehr vom Konkursgedanken erfüllt waren, jetzt wieder eine gewisse Perspektive in die Zukunft - soweit man das in der Wirtschaft überhaupt sagen kann. Ich möchte auch noch sagen zu denen, die meinen, wir hätten früher streiken sollen. Im Jahre 1986 hatten wir 3 Kündigungen, meine Damen und Herren, aber wir hatten keine Arbeit. Wir haben damals 2.700 Lkw erzeugt, jetzt erzeugen wir 4.000 Lkw, die Auftragsbücher sind voll. Man kann nicht Arbeit herbeistreichen und wir sind auch der Meinung, daß man Verluste nicht wegstreiken kann, die haben wir nämlich auch gehabt und zwar in Milliardenhöhe. Daher war es uns nicht möglich, hier einen Arbeitskampf zu führen. Wir verstehen alle, wenn es keine Arbeit gibt, sind leider Kündigungen unausweichlich. Jetzt war eben eine wesentlich andere Situation. Ich möchte im nachhinein sagen, daß wir damals im September als Insider natürlich informiert waren über das Vorhaben dieser MAN-Gesellschaft. Wir wußten, welche Optionen hier gegeben wurden. Das ist auch keine Sicherheit, aber es zeigt sich jetzt, daß sich eine positive Wendung zumindest im Bereich SNF, Steyr-Nutzfahrzeuge AG, ergeben hat, daß dort die Hälfte der Belegschaft viel sicherer in die Zukunft blickt. Aus meiner Sicht und aus der Sicht des Arbeiterbetriebsrates war es für uns auch wichtig, dem neuen Management von MAN ein Signal zu geben, daß wir gewillt sind als Belegschaftsvertretung, diese Optionen zu akzeptieren und als Alternative zum Konkurs hier diesen neuen schwierigen Weg zu gehen. Gefühlsmäßig war es furchtbar schwer, und ich gebe zu, daß es uns nicht möglich war, diese Argumente auch in die Öffentlichkeit zu bringen.

Für den zweiten Teil der Steyr-Daimler-Puch AG haben wir, glaube ich, durch diesen Arbeitskampf, durch unsere Bemühungen einen guten Schritt getan. Wir haben hier die Erhaltung des Werkzeugbaues durchgesetzt. Es wird dieses Investitionsprogramm kommen mit der Vereinbarung, daß M 1-Motorteile in Steyr gefertigt werden, wenn wirtschaftliche Losgrößen erzielt sind. Damit haben wir einen wichtigen Schritt der Absicherung des Standortes Steyr und zur Beschäftigung

sicherung zustande gebracht. Mit der ersatzlosen Zurücknahme der unsozialen Kündigungsliste wurde auch in aller Öffentlichkeit deutlich, daß man sich über berechnete und schutzwürdige Dienstnehmerinteressen in Österreich nicht hinwegsetzen kann. Das war auch einmal wichtig, nicht nur für die Steyr-Werke, sondern für die Dienstnehmer in diesem Land.

Meine Damen und Herren, der Konflikt ist somit beigelegt. Wir sind gut beraten, wenn wir wieder gemeinsam an die Arbeit gehen. Im Werk oben ist es auch geschehen und ich hoffe, daß alle, die auch als Meinungsbildner der Stadt und darüber hinaus auftreten, auch in diese Richtung gehen. Im Bewußtsein, daß nur durch eine vernünftige harmonische Gestaltung der Arbeitsvorgänge, wo es keine Sieger und keine Verlierer geben soll, sondern Partner, am besten der wirtschaftliche Erfolg erzielt werden kann, nur dann sind auch in diesem Betrieb die Arbeitsplätze wieder sicher.

Ich danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Leithenmayr für die Darstellung, die aufgrund der wirklich kritischen Situation in der vergangenen Woche gerechtfertigt war, in dieser Breite vorgetragen zu werden. Das war unbedingt erforderlich. Zu diesem Thema seitens der Österr. Volkspartei Kollege Holub.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Kollege Leithenmayr hat eine Darstellung über den Ablauf der Dinge gegeben, die sicherlich vom Informationswert sehr beachtlich waren, gebracht.

Daß der Arbeitskonflikt in den Steyr-Werken in der Öffentlichkeit breit diskutiert wurde, wurde richtig erwähnt. Natürlich, es war der längste Streik, der in der 2. Republik zu verzeichnen war. Daß hier natürlich verschiedene Äußerungen in der Öffentlichkeit für uneinheitliches Verhalten zur Streikhandlung gesorgt haben, ist auch Realität. Die Dinge sind friedvoll abgeschlossen worden und der Aufruf des Zentralbetriebsrats-Obmannes Leithenmayr, daß man wieder gemeinsam an die Arbeit gehen soll, ist sicherlich sehr gut, sehr richtig und sehr wichtig für das innere Klima.

Auch der Wunsch des Betriebsrates, dafür zu sorgen, daß durch vernünftige Harmonisierung ein Aufschwung ohne Sieger und ohne Verlierer möglich sein soll, ist gut und vernünftig. Ich passe mich der Moderatenäußerung des Zentralbetriebsratsobmannes an, werfe daher keine Steine, denn Steine sind genug geworfen worden in der Vergangenheit. Es ist auch durch schnelle Äußerungen - natürlich macht man im Affekt schnelle Äußerungen - genug Glas an dem an sich sensiblen Glashaus eines Werkes, das um sein Weiterleben kämpft, zerschmissen worden. Vielleicht wäre der Streik doch tatsächlich in der Öffentlichkeit besser dagestanden, wenn er nicht einbegleitet worden wäre mit dem Vorwurf der politischen Zielsetzung, der erhoben wurde. Ich habe das im Fernsehen selbst gesehen und war wirklich sehr überrascht, daß man das an die erste Stelle der Kritik gesetzt hat. Es ist mir völlig klar, daß Belegschaftsvertreter in der Seele getroffen sind, wenn sie selber auf Kündigungslisten enthalten sind, weil das an den Urrechten von Belegschaftsvertretern rührt. Insbesondere dann, wenn auch gewählte Betriebsräte dabei sind. Das ist eine Vorgangsweise, die durch das Arbeits-Verfassungsgesetz eindeutig geregelt ist. Somit hätte man hier mit etwas weniger Ton oder Betonung auf den einen Mißstand die anderen schon hervorheben können, nämlich die Kranken und Invaliden. Es ist viel böse Stimmung durch dieses einseitige politische Gewicht in unsere Stadt gekommen und weit über unsere Stadt hinaus beachtet worden. Im nachhinein über etwas zu reden, ist leicht und einfach. Aber es wäre

halt schön gewesen, wenn man da rechtzeitig den richtigen Schwerpunkt herausformuliert hätte. Denn das im Nachhinein formulieren, das hat das Glas nicht mehr zusammengebracht, das in Scherben auf den Straßen von Steyr herumgelegen ist und wo die Leute dann tatsächlich daraufgestiegen sind. Weil manche oder viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger sehr deutlich geäußert haben, daß der Vordergrund des Streiks eigentlich nur der Schutz der Belegschaftsvertreter gewesen wäre. Schade, daß dieser Schwerpunkt in diese Richtung gekommen ist, es war sicherlich keine sehr glückliche Entscheidung. Glücklicherweise aber können wir sein, daß der Streik nun endlich beigelegt ist und glücklich werden wir sein, wenn es gelingt, die Andeutung, die Du, Kollege Leithenmayr, gemacht hast, daß der Weg in die Zukunft in vernünftiger Harmonisierung gesucht wird, wenn dieser Weg auch erfolgreich sein wird.

Ich möchte wirklich sehr behutsam mit dem zarten Pflänzchen umgehen, das die Steyr-Werke derzeit darstellen, denn so ist es ja noch nicht, daß die Schäfchen im Trockenen sind, die Wiese gemäht und der Acker bestellt ist. Im Gegenteil, es ist höchstens der Pflug hergerichtet, bestensfalls die Pflugschar geschliffen, um den Acker tatsächlich bestellen zu können. Ich wünsche doch sehr, daß nicht irgendwelche - manche unserer Bürger haben es Profilierungstrieb genannt, Du hast das selbst so zitiert - Profilierungstrieb dazu dienen, die jetzt geschliffene Pflugschar wieder stumpf zu machen. Das wäre ein wahrer Jammer und ich hoffe, daß das nicht auf uns herkommt.

Ich habe es auch sehr bedauert, daß die Belegschaftsvertretung einen politisch einseitigen Weg der Information gegangen hat. Es wäre an sich richtig gewesen, daß man auch die anderen politischen Parteien informiert hätte über die Schwierigkeiten, daß man die Kündigungslisten auch den anderen Parteien zur Diskussion gestellt hätte. Wir von den anderen Parteien, zumindest wir von der Volkspartei, ich kann das mit gutem Gewissen behaupten, waren ohne Information. Wir haben unsere Informationen aus den Medien und - dafür danke ich - aus den Gesprächen, die der Bürgermeister Schwarz mit mir geführt hat, um mich zu informieren. Das war die einzige Information, die die österreichische Volkspartei gehabt hat.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der Herr Landeshauptmann hat auch ein Schreiben bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ja, aber vor Ort. Herr Landeshauptmann Ratzenböck ist, wie wir alle wissen, im Ausland und vor Ort war keine Information gegeben. Es wäre wirklich gut gewesen, wenn wir zu Gesprächen gekommen wären. Auch ein Fehler, den ich aufzeige und auch ein Fehler, den ich hoffe, daß er nicht mehr begangen wird. Ich unterstelle nicht, ausdrücklich nicht politische Muskelspannung dabei. Ich unterstelle es nicht, weil ich nur das behaupte, was ich auch beweisen kann. Die Optik allerdings hängt ein wenig schief in dieser Richtung. Wir wollen sehen, ob diese schiefe Optik ausgeglichen werden kann. Mit einer groben Attacke möchte ich den Weg dazu nicht zerstören. Das war der Beitrag der österr. Volkspartei.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Namens der GAL? Danke. Kollege Tremel namens der KPÖ? Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe bereits in der September-Sitzung des Gemeinderates massiv Kritik am Verkauf der Steyr-Lkw-Produktion an den MAN-Konzern erhoben. Es ist mir heute noch

unverständlich, daß ausgerechnet die gute Geschäfts-, Ertrags- und Auftragslage als Grund für den Verkauf verwendet wurde. Meine Befürchtungen, die ich in vielen Gemeinderatsitzungen hier zum Ausdruck gebracht habe, haben sich leider bestätigt. Denn nach dem 125jährigen Bestand ist heute nicht mehr viel an Eigenständigkeit der Steyr-Daimler-Puch oder unseres Werkes übrig geblieben. Für diese Entwicklung sind meiner Meinung nach nicht nur die Manager verantwortlich, sondern eben in erster Linie die Herren der CA und natürlich auch die Bundesregierung. So wurden ohne großen Widerstand mehr als 6.000 Arbeitsplätze in den Steyr-Werken vernichtet. Vizebürgermeister Leithenmayr erklärte, daß derzeit nur mehr 4.600 Kolleginnen und Kollegen bei Steyr-Daimler-Puch und Nutzfahrzeuge, also MAN, Beschäftigung finden. Die Vorarbeit des Ausverkaufs des Kernstücks der Steyr-Werke, der Lkw-Produktion, hat der ehemalige MAN-Vorstandsvorsitzende Otto Voisard in seiner 3 1/2jährigen Tätigkeit als Generaldirektor durch Personal- und Sozialabbau, Rationalisierung und natürlich auch Aufsplitterung des Werkes geleistet. Aber es muß auch ganz offen gesagt werden, daß seitens der Betriebsratsmehrheit, aber auch der Kammern und der Gewerkschaft kein entschiedener Widerstand entgegengesetzt wurde. Auch glaube ich, die Gemeinderatsmehrheit ist durch ihre Untätigkeit an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig. Wir haben ja fast nie das entscheidende Problem, nämlich die Erhaltung der Steyr-Daimler-Puch AG als den wichtigsten Betrieb unserer Region, als Tagesordnungspunkt bei einer Gemeinderatsitzung festgelegt. Heute ist das geschehen und man hat mehrheitlich diesen Punkt wieder abgesagt und nun in der Aktuellen Stunde wird dieses für uns nach wie vor sehr aktuelle Problem beraten, diskutiert. Aber hier wird nur geredet und es werden keine Beschlüsse gefaßt.

Aufgrund dieser Haltung der von mir angeführten Institutionen weht daher eben seit Jahresanfang ein anderer, ein Westwind, hier in unserer Stadt. Der seit dem Oktoberstreik 1950 längste und härteste 5tägige Streik in den Steyr-Werken wurde nach meiner Meinung nach mit einem annehmbaren Ergebnis beendet. Der einheitliche und vor allem geschlossene Kampf der Arbeiter und Angestellten zwang die Unternehmensleitung zur Zurücknahme vor allem der Kündigungsliste, auf der, wie heute schon angeführt wurde, neben Schwerkranken, Invaliden und gewählten Betriebsräten und Vertrauensmännern auch unsere beiden Gemeinderäte Bachner und Hahn standen. Dieser 5tägige Kampf lag keineswegs nur im Interesse der unmittelbar von der Kündigung betroffenen Kolleginnen und Kollegen, sondern war von Gesamtbedeutung für die österreichische Arbeiterbewegung unter Erhaltung ihrer Rechte und hat auch Bedeutung für unsere Stadt und daneben auch für unsere Wirtschaft. Dennoch ist meiner Meinung nach weiterhin Vorsicht geboten, da ja mehrere Punkte in der Vereinbarung offen blieben. Trotz der vereinbarten Gespräche zwischen Betriebsrat und Vorstand über die wirtschaftliche Lage des Betriebes, des zugesagten 700-Millionen-Investitionsplanes für den Standort Steyr und auch dem Versprechen, wenn es zu einer größeren M 1-Motorenproduktion, Motorenfertigung kommt, die ja derzeit in St. Valentin ist, wird sie in Steyr erfolgen. Aber eines hat auch die Streikaktion noch gezeigt, Daß durch einheitliche und entschlossene Kampfmaßnahmen der Arbeiter und Angestellten mit ihren Betriebsräten sowie durch die Solidarität der Gemeinde, der Gewerkschaft und vieler Betriebe aus Österreich die stärker werdenden Angriffe auf die Rechte der Arbeiter und Angestellten verhindert werden können.

Daß es mit der Neuordnung in den Steyr-Werken zu weiteren Kündigungen kommen wird, ist längstens bekannt und wurde bereits im Verkaufsvertrag Steyr-Daimler-Puch an MAN fixiert. Nach erfolgter Umstrukturierung heißt es in diesem Vertrag, die bis zum Jahre 1992 - man weiß das nicht genau, ob das nicht bis 1993 geht - wird es nämlich nur mehr in diesem Bereich 1.900 Beschäftigte geben. Im Vertrag steht

sogar nur mehr bis zu 1.600 Arbeitsplätze . Aus diesem Grund alleine schon können die Kolleginnen und Kollegen auch in der weiteren Folge nicht von der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze überzeugt sein . Ich glaube auch, daß wir in Anbetracht der jetzigen Situation sehr vorsichtig sein müssen in der Zukunft und es sicherlich bedarf, daß sich der gesamte Gemeinderat stärker wie in der Vergangenheit auch im Interesse der heute noch beschäftigten Kolleginnen und Kollegen annimmt. Wenn ich mir die Aussagen von führenden Leuten von MAN, das heißt von der neuen Sparte, wie sie jetzt heißt, Steyr-Nutzfahrzeug AG, ansehe, so deuten doch einige Gefahren darauf hin, nicht nur von der Seite des Arbeitsplatzes, sondern auch aufgrund des von ihnen vorgegebenen Investitionsprogrammes, das heißt, daß bestimmte Betriebe, die derzeit noch auf dem Areal im Hauptwerk vorhanden sind, freigegeben werden müssen. Ich glaube, Kollege Leithenmayr weiß das sicherlich besser als ich, welche Produktionen wegkommen sollen im Bezug auch auf die Traktorfertigung. Daß die Traktoren-Motore nicht mehr in 1 bis 2 Jahren im Hauptwerk produziert werden, sondern die Landwirtschaftstechnik GesmbH muß sich ja einen anderen Lieferanten suchen. Hier sind sicherlich Arbeitsplätze in Gefahr. Oder daß es gar nicht so sicher ist, daß die Steyr-Motorentechnik GesmbH, die in St. Valentin, im Ni-Werk, untergebracht ist, so ganz sicher bei einer weiteren Ausweitung wiederum der Standort der Hauptproduktion nach Steyr verlegt wird, wo heute schon das Areal ziemlich klein worden ist. Aufgrund dessen daß eben größere Kapazitäten von MAN von der Bundesrepublik nach Steyr kommen sollen. Das zeigt ja auch, daß man die große Montagehalle, im Begriff der Älteren "Flumo", auch um 100 Meter erweitern wird. Aber es zeigt auch weiter, daß hier Maßnahmen gesetzt werden, daß z. B. die Steyr-Mannlicher GesmbH auch von diesem Gelände weg muß und woanders untergebracht wird - sie sagen nur nicht wo!

Was sehr wesentlich ist, daß mit der Umstrukturierung auch Arbeitsplätze abgebaut werden, ist in der Richtung der Vorgabe von Otto Voisard - das hat er ja uns da schon erklärt vor 3 1/2 Jahren. Das heißt, mit weniger Arbeitern mehr leisten, höhere Produktivität, neue Technik einführen, um das Ziel zu erreichen. Feitzl-mayr als der neue Vorstandsdirektor hat kein Hehl daraus gemacht, auch während der Streikzeit, daß man bereits im Jahre 1991 im Sektor Steyr-Nutzfahrzeuge AG immerhin schon mit einer Dividende von 16 Prozent rechnen wird müssen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Treml für seinen Beitrag.

Ich möchte aber doch auch zu dieser sehr wichtigen Frage nicht nur für den Betrieb, sondern auch für die Stadt, namens der Stadt zu dieser Problematik eine Aussage treffen. Es war für mich, als dieser Konflikt ausgebrochen ist, als Vertreter der Stadt nach außen hin keine Frage, daß sich die Stadt Steyr offiziell den Zielen dieser Bewegung anzuschließen hat. Ich möchte sehr deutlich sagen, daß wir in der Vergangenheit schon immer um jeden Arbeitsplatz gekämpft haben, daß wir als Stadt an jedem Arbeitsplatz interessiert sind und daß wir in einer Zeit, wo auch nach unserer Auffassung eine Kündigung aufgrund genügend vorhandener Aufträge, aufgrund einer guten Auftragslage, daß wir da als Stadt diese Maßnahmen in keiner Weise akzeptieren können. Wir haben Millionen Schilling in der Vergangenheit schon aufgewendet, um neue Arbeitsplätze nach Steyr zu bringen und aus diesem Grund diese Unterstützung. Natürlich sind wir auch froh, wenn zusätzliche Investitionen in den Verhandlungen ebenfalls in einer Größenordnung erreicht wurden, die für unsere Wirtschaft von größtem Interesse sind. Wir sind als Stadt natürlich auch interessiert, daß unsere Betriebe, und noch dazu unser größtes Unternehmen, investiert. Die letzte Forderung, daß Verlagerung von Betrieben, das Abwandern von Produktionszweigen gestoppt werden muß, das ist eine unserer Hauptforderungen, die wir immer aufgestellt haben.

7.11m Vorwurf des Kollegen Treml, daß die Stadt sich in der Vergangenheit zu wenig engagiert hat. Man kann solche Dinge sehr leicht in den Raum stellen. Aber ich habe noch nie von Dir eine Alternative gehört. Es ist darum gegangen ..

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Jahrelang habe ich das gemacht!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es ist darum gegangen, in dieser Zeit die Existenz des Betriebes sicherzustellen und eine Form zu finden, daß diese Existenz weiterhin in Steyr gegeben ist. Das ist die Alternative gewesen. Ich muß sagen, es wurden andere Möglichkeiten nicht gefunden und Kollege Leithenmayr hat das sehr deutlich gesagt. Man kann eine Arbeit nicht herbeistreichen und man kann ein Defizit nicht wegstreichen. Das ist einfach nicht möglich. Aber in einer Situation, wo ungerechtfertigte Maßnahmen gesetzt werden, ist eine solche Maßnahme sicherlich sinnvoll und hat auch den Erfolg gezeigt. Ich glaube, ich brauche mich nicht wiederholen, der heutige Tagesordnungspunkt 1) wurde von der Tagesordnung abgesetzt, das liegt darin, wie das Protokoll aussagt, daß unsere Vorstellungen, unsere Wünsche, unsere Forderungen, in diesem Katalog, in dieser Vereinbarung, weitgehende Berücksichtigung gefunden haben. Natürlich verhandeln wir weiter und wir werden sehr sorgsam zu beobachten haben, wie diese Entwicklung weitergeht. Der gestrige Empfang bei SNF hat in mir doch die Hoffnung aufkommen lassen, daß sich diese Entwicklung als eine günstige zeigt - so wurde sie dargestellt - daß damit zu rechnen ist, daß nicht nur die bestehenden Arbeitsplätze in diesem neuen Unternehmen erhalten werden können, sondern daß auch damit zu rechnen ist, daß auch künftighin dort zusätzliche Arbeitsplätze sich entwickeln. Das hoffe ich. Zu diesem Ziel können wir alle beitragen, indem wir mithelfen, hier die Belegschaft aber auch den Betrieb entsprechend nach unseren Möglichkeiten zu unterstützen. Wir werden auch unseren Einfluß geltend machen, daß die zuständigen Stellen sich unsere Bestrebungen zu eigen machen und sich uns anschließen.

Ich darf sagen, ich habe in dieser vorigen Woche ein Gespräch - ich war Dienstagabend beim Herrn Bundeskanzler Vranitzky - geführt und habe bei dieser Gelegenheit auch Herrn Schmidt-Chiari getroffen. Ich bin eigentlich hinuntergefahren, um einen Termin zu vereinbaren, den er mir gewährt hätte diesen Montag. Aufgrund dieser Ergebnisse hat sich aber diese Vorsprache erübrigt. Wir haben aber noch viele Probleme, die wir dem Bundeskanzler vortragen möchten und ich habe ihn gebeten um einen Termin im März, damit eine Delegation von uns diese Wünsche entsprechend vorbringen kann.

Soweit meine Stellungnahme zu dieser Thematik.

Damit ist dieser Punkt, den die SPÖ heute angeschnitten hat, Ich frage die ÖVP, ob ein Beitrag gewünscht wird? Der Fraktionsobmann ist leider gerade nicht hier. GAL? Kein Thema. KPÖ? Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Sie werden sicherlich wissen aus der Ankündigung von Plakaten in Steyr, daß gestern in der Mehrzweckhalle Münichholz es zu den ersten Protestversammlungen der WAG-Mieter gekommen ist. Aufgrund des großen Andranges wurden zwei Versammlungen mit rund 800 Teilnehmern abgehalten, wobei die Rückzahlung der jahrelang zu viel bezahlten Mieten verlangt wurde. Bekanntlich zog die WAG, als das Mietrecht geändert wurde, für die Neuberechnung der Mieten einen fiktiven höheren Betrag heran. Das bewirkte eine Erhöhung des Kapitaldienstes pro Quadratmeter und Monat um rund 5 Schilling. Wie der Oberste Gerichtshof in seinem Entscheid vom Oktober

des Vorjahres feststelle, war diese Erhöhung völlig ungerechtfertigt. Die WAG hat in den letzten 7 1/2 Jahren von den dort lebenden 2.375 Mietern rund 57 Millionen Schilling völlig unrechtmäßig einkassiert und hat dabei die Frechheit, trotz der oberstgerichtlichen Entscheidung, weiterhin erhöhte Mieten für diese Mieter vorzuschreiben. Im Durchschnitt wurden von jedem Mieter S 27.000 bis S 30.000 zu unrecht eingehoben. Daher fordert der WAG-Mieterausschuß, in dem alle Parteien vertreten sind, im Interesse der betroffenen Mieter eine rasche Rückzahlung dieses Geldes. Nun wird aber auf dem Rücken der Mieter eine Verzögerungstaktik betrieben, die völlig unmoralisch und eine ausgesprochene Frechheit gegenüber den Mieterinnen und Mietern ist. Im Auftrag der Teilnehmer und auch des WAG-Mietenausschusses möchte ich auch hier ganz offen appellieren nämlich an den gesamten Steyrer Gemeinderat, persönlich an unseren Bürgermeister Schwarz, der ja im Aufsichtsrat der WAG Linz vertreten ist, mitzuwirken, mitzuhelfen, damit die Mieter ihr Geld so rasch wie möglich zurückbekommen. Bekanntlich leben im Stadtteil Münchenholz viele Pensionistinnen und Pensionisten, Arbeiter oder Angestellte, die die harten Kriegsjahre und die darauffolgenden Jahre des Wiederaufbaues unter großem Einsatz und auch Verzicht auf ein menschenwürdiges Leben hinter sich bringen mußten. Sie haben daher ein Recht auf eine Unterstützung durch alle Gemeinderatsmandatäre und ich glaube, daß sich hier verstärkt der Gemeinderat einsetzen müßte auch bei der Bundesregierung, daß die Mittel, die unrechtmäßig kassiert wurden, an die Mieter - ganz einfach gesagt - wieder zurückgegeben werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Zu dem Thema darf ich sagen, daß dieser Höchstgerichtsbescheid vorliegt, das ist richtig. Diese Entscheidung seitens der WAG - es ist richtig, daß ich Mitglied des Aufsichtsrates der WAG bin - wurde dem Eigentümer mitgeteilt. Der Eigentümer ist der Bund, also Österreich ist Eigentümer der Wohnungs-AG und daß von dort ein Rechtsgutachten ausgearbeitet wird, in welcher Form man diesen höchstgerichtlichen Entscheid behandelt. Das betrifft ja nicht nur die WAG, sondern das ist beispielgebend auch für andere Wohnbaugesellschaften. Ich darf sagen, die GWG der Stadt Steyr ist davon nicht betroffen, es betrifft aber andere Wohnbaugenossenschaften in Österreich. Österreichweit sind sehr viele betroffen,

...

GEMEINDERAT OTTO TREML:

80.000!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Von der WAG wird das bestritten, daß es so viele sind. Aber bitte. Auch von der WAG ist nur ein kleiner Bereich betroffen, weil nur ein bestimmter Teil der Wohnungen davon betroffen ist. Die WAG hat insgesamt 22.00 Wohnungen österreichweit in der Verwaltung und etwa 7.000 sind davon betroffen. Es liegt also jetzt am Eigentümer, hier die entsprechenden Entscheidungen zu treffen. Selbstverständlich bin ich der Auffassung, daß höchstgerichtliche Entscheidungen auch ihre Auswirkungen haben müssen.

Das möchte ich hier sagen und ich werde mich in dieser Richtung verwenden, daß eine Regelung getroffen wird, die akzeptabel ist. Mehr möchte ich zu diesem Problem nicht sagen. Es ist das Verfahren nicht endgültig abgeschlossen.

Zu diesem Problem die anderen Fraktionen? Keine Wortmeldung.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Sitzung und ich darf bekanntgeben, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates im Ausmaß von S 16,885.000,- zur Kenntnis genommen hat und bei den heutigen Verhandlungsgegenständen Beschlüsse über einen Betrag von S 40,470.000,- gefaßt wurden.

Ich danke für die Mitarbeit, die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.05 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer e.h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Franz Rohrauer e. h.

Alfred Wallner e. h.